Für Einigkeit, Demokratie und Humanismus!

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Donnerstag,
21. Juni 1990
Nr.117 (6 245)
25. Jahrgang
3 Kopeken

XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Kasachstans

Entschließung

zum Rechenschaftsbericht des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans an den XVII. Parteitag „Für die Einheit der Partei, die sozialistische Option und reelle Souveränität Kasachstans in der erneuerten UdSSR“

I.

Der XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Kasachstans unterstützt den Prozeß der anwachsenden, vom Aprilplenum des ZK der KPdSU (1985) eingeleiteten politischen und ökonomischen Wandlungen.

Zu merklichen Ergebnissen der Umgestaltung dieses Zeitabschnitts in unserem Lande sind Demokratisierung, Offenheit, kritische Neueinschätzung der historischen Vergangenheit und der Realitäten von heute, geistige Entfesselung unseres Volkes, sein Glaube an die Unumkehrbarkeit der Ideen der Umgestaltung geworden. Das neue politische Denken gewinnt immer mehr Anhänger im In- und Ausland.

Zugleich weist der Parteitag darauf hin, daß sich die vom XXVIII. Parteitag und den nachfolgenden Plenartagungen des ZK der KPdSU erarbeitete Strategie in vielem als unrealisierbar erwies, weil sie nur auf die Beseitigung einzelner Deformationen des Sozialismus, die Reformierung der Wirtschaft und die Politik „von oben“ gerichtet war und sich nicht auf die umfassende Unterstützung, die Initiative und Selbsttätigkeit der Massen stützte.

Auch die XIX. Unionsparteikonferenz der KPdSU vermochte es nicht, eine Wende herbeizuführen; viele ihrer positiven Beschlüsse konnten nicht verwirklicht werden. Der Partei ist es nicht gelungen, in der sich rasch ändernden politischen Situation eine Erneuerung des Inhalts und der Methoden ihrer Tätigkeit zu erlangen.

Die hauptsächlich durch Verschulden des ZK der KPdSU und seiner Leitung ungerechtfertigt hinausgezögerte Reformierung der Partei hemmte ernsthaft die Prozesse der gesellschaftlichen Erneuerung und führte dazu, daß die Partei die politische Initiative und ihr Ansehen allmählich einbüßte.

Indessen traten im Laufe der Umgestaltung und Politisierung des gesellschaftlichen Bewußtseins immer stärker die akuten Probleme der Ökonomik und der zwischennationalen Beziehungen hervor. Das Mißtrauen gegenüber den offiziellen Strukturen und Verwaltungsorganen verstärkte sich, separatistische und zentrifugale Bestrebungen sowie der Zerfall der Disziplin und Moral wurden immer offensichtlicher.

Angesichts der realen Gefahr der Spaltung der Partei, ihrer Liquidierung als Avantgarde- und konsolidierende Kraft der Gesellschaft hat das ZK der KPdSU ihren Plattformentwurf an den XXVIII. Parteitag der KPdSU vorgebracht. Seine Veröffentlichung und Erörterung hat es ermöglicht, die Perspektiven der Entwicklung unseres Landes, die Rolle, die Stellung sowie die Funktionen und den politischen Charakter der KPdSU in der Gesellschaft genauer zu bestimmen und das lebendige schöpferische Schaffen der Massen aktiver zur wichtigsten Triebkraft der Umgestaltung zu machen.

Die Publikation einer Reihe von Plattformen als einen Beweis des Meinungspluralismus in der Partei bewertend, tritt der XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Kasachstans gegen diejenigen Thesen in ihnen auf, die auf die Abschwächung der Vorhutpositionen der KPdSU, auf die Untergrabung ihrer ideologischen und organisatorischen Grundlagen, auf die faktische Beseitigung der Partei aus der politischen Arena gerichtet sind.

Die Kommunisten Kasachstans stehen auf den Plattformen des ZK der KPdSU und der Kommunistischen Partei der Kasachischen SSR, sie sind gegen Spaltung, Fraktionismus, Doppelzüngigkeit und Defätismus in ihren Reihen.

Der Parteitag der Kommunistischen Partei Kasachstans verweist auf die Kompliziertheit und Widersprüchlichkeit der Umgestaltungsprozesse in Kasachstan, die auf die Verstärkung der negativen Tendenzen in der Volkswirtschaft und im gesellschaftlich-politischen Bereich zurückzuführen sind. Sie sind in bedeutendem Maße die Folge der groben Verletzungen der Leninschen Normen des Parteilebens, der Prinzipien der nationalen und der Kaderpolitik durch die Führung des ZK und die örtlichen Parteikomitees sowie der ungünstigen moralisch-politischen Atmosphäre.

Die Ablösung der ZK-Führung im Jahre 1986 hat die Aktivierung des Kampfes gegen die Stagnationserscheinungen in Kasachstan begünstigt, sie hat es ermöglicht, eine Reihe konkreter Maßnahmen zur Lösung sozialer Probleme zu verwirklichen und auf der Grundlage der Erweiterung von Demokratie und Offenheit eine Reorganisierung von Kadern durchzuführen. Jedoch setzten sich die positiven Tendenzen nur langsam durch, denn die Tätigkeit des ZK beruhte nach wie vor auf dem administrativen Weisungsstil, der sich auf das Monopol und das Diktat der Parteikomitees bei der Leitung der sozialökonomischen Entwicklung der Republik stützte. Jegliches Andersdenken, selbst die Möglichkeit der Entstehung selbsttätiger gesellschaftlicher Bewegungen und Organisationen wurde entschieden bekämpft. Die zu langsame Lösung der Probleme, die sich im Laufe von Jahren angesammelt hatten, verursachte eine soziale und psychologische Spannung in einigen Regionen, Fälle massenhafter Unzufriedenheit und Streiks.

Zur Zeit stabilisiert sich die gesellschaftlich-politische Situation in Kasachstan gewissermaßen. Die Tätigkeit des Zentralkomitees, gezielt auf die Durchsetzung der Souveränität der Kasachischen SSR in der sich erneuernden Föderation und der Selbständigkeit der Kommunistischen Partei Kasachstans im Rahmen der KPdSU, auf die Entwicklung der innerparteilichen Demokratie sowie auf die Verstärkung der Aufmerksamkeit gegenüber den Nöten und Belangen der Menschen, hat sein Ansehen gehoben und es der Republikparteiorganisation ermöglicht, die Rolle jener Kraft beizubehalten, die die Massenbewegung der gesellschaftlichen Erneuerung konsolidiert.

Der XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Kasachstans befindet die Tätigkeit des ZK in der Rechenschaftsperiode für befriedigend.

II.

Der Parteitag der Kommunisten der Republik hebt hervor, daß die ideologische Arbeit in der gegenwärtigen Etappe zur Hauptaufgabe der Partei, Kernstück ihrer Erneuerung und ihrer Befreiung von den dogmatischen Überlagerungen der Vergangenheit wird.

Der Parteitag erklärt, daß die Kommunisten Kasachstans als die unvergängliche ideologische Grundlage der Tätigkeit der Partei den sich schöpferisch entwickelnden Marxismus-Leninismus anerkennen, der die neuen Realitäten der gesellschaftlichen Praxis und die Leninschen Prinzipien der Nationalitätenpolitik berücksichtigt.

Der Parteitag stellt fest, daß das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Kasachstans eigene Herangehensweisen an die Lösung der aktuellen Probleme des ideologisch-politischen und geistigen Lebens sucht.

Dennoch wird der Prozeß der Erneuerung der ideologischen Arbeit durch Formalismus, Anhänglichkeit an veraltete Formen und Methoden, Passivität bei der Verteidigung der ideologischen Grundsätze und Werte des Sozialismus gehemmt.

Der Parteitag ist der Ansicht, daß die gegenwärtige sozialpolitische Lage in Kasachstan radikale Wandlungen in der ideologischen Arbeit fordert, und schlägt dem Zentralkomitee vor, bis zum Schluß dieses Jahres die Ausarbeitung des Programms der ideologischen Tätigkeit der Republikparteiorganisation zu vollenden.

Sein Wesen muß sich in der Verteidigung der Interessen des Menschen der Arbeit, in der Schaffung besserer materieller und geistiger Bedingungen für eine allseitige Entfaltung der Persönlichkeit, in der Durchsetzung der humanistischen Werte in allen Bereichen der Lebenstätigkeit der Gesellschaft offenbaren.

Die Republikparteiorganisation muß auch weiterhin die Konsolidierung aller gesunden Kräfte, ihre Vereinigung um die Hauptziele der Umgestaltung, die Erziehung zu achtungsvollem Verhalten zu den Menschen beliebiger Nationalität, verschiedener Glaubensbekenntnisse, Toleranz gegenüber Andersdenken und anderen Überzeugungen fördern.

Der Parteitag ruft alle Kommunisten und alle Werktätigen auf, einen kompromißlosen Kampf gegen die Erscheinungen von Extremismus, Rassen- und Nationalhader zu führen.

Die KPdSU-Plattform „Die Nationalitätenpolitik der Partei unter den gegenwärtigen Verhältnissen“ unterstützend, ist der Parteitag der Meinung, daß die Formung einer neuen sozialistischen Selbstverwaltungsgesellschaft nicht erfolgreich ohne entschiedenen Verzicht auf das Stalinsche Modell des unitaristischen Staates sein kann.

Der Parteitag tritt für solch eine Umgestaltung des Föderationsaufbaus des Landes auf, der die Souveränität jeder Republik auf der Grundlage des neuen Unionsvertrags und das wahre Recht der Nationen auf Selbstbestimmung mit realen Inhalten füllen sowie eine größere als früher Interessiertheit aller Völker der Republik an der Erhaltung und am Ausbau der Sowjetunion schaffen wird.

(Schluß S. 2)

Zeit der Wahl

Erster Arbeitstag der Konferenz der Kommunisten Rußlands

Wie bereits mitgeteilt, hat am 19. Juni im Kongreßpalast des Kremls die Konferenz der Kommunisten Rußlands begonnen. Auf ihrer Tagesordnung stehen zwei Fragen — die des laufenden Moments und die der Gründung einer Kommunistischen Partei der Russischen Föderation sowie die Entwürfe der Plattform des ZK der KPdSU für den XXVIII. Parteitag der KPdSU und des Statuts der KPdSU.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU, M. S. Gorbatschow, hat das Referat über die gegenwärtige Situation und die Gründung der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation, über die Entwürfe der Plattform des ZK der KPdSU und des Statuts zum XXVIII. Parteitag der KPdSU gehalten.

Wie M. S. Gorbatschow in seinem Referat betonte, haben Intensivierung der Umgestaltungsprozesse sowie die Politisierung der Gesellschaft die Frage der neuen Rolle der KPdSU, ihrer radikalen Erneuerung aufgeworfen, damit das in dieser politischen Organisation enthaltene Potential der Herausforderung der Zeit und der Perestrojka genauer und adequat entspricht.

Der Generalsekretär des ZK der KPdSU betonte, daß die Gründung der Kommunistischen Partei der Russischen Föderation zweckmäßig und notwendig ist, warnte zugleich davor, daß die Russische Föderation in irgendeiner Form der Union der SSR und die Kommunistische Partei der RSFSR der KPdSU gegenübergestellt wird.

Das wichtigste, was jetzt von der Partei gefordert wird, sind nüchterne Einschätzungen und praktische Schritte zur schnellstmöglichen Herausführung der Gesellschaft aus der Krise, M. S. Gorbatschow verurteilte Versuche, die gegenwärtig angespannte Situation für einen Schlag gegen die Perestroika und deren Anhänger zu mißbrauchen, und verwies auf die Notwendigkeit der Konsolidierung und der gesamtnationalen Eintracht auf gesunder Grundlage.

M. S. Gorbatschow analysierte eingehend Prozesse, die sich in den vergangenen fünf Jahren in der Partei und im Lande vollzogen. Er verwies darauf, daß in dieser Zeit das gemacht wurde, was Gegenstand langer Diskussionen und mehr als 30jähriger Experimente war. Die Partei habe auf die Aneignung der Funktionen des Staates verzichtet. Im Staat selbst würden die Machtverhältnisse real abgegrenzt. Die Wahlen seien wahrhaft frei geworden.

M. S. Gorbatschow verwies auch auf die tiefgreifenden Veränderungen im Bereich der internationalen Beziehungen — es wurde der zermörbenden und aussichtslosen Epoche der Konfrontation ein Ende bereitet, was zu einer bedeutenden Gesundung der gesamten Weltsituation führte, unsere Sicherheit festigte und Voraussetzungen für die Verringerung der Verteidigungsausgaben schuf.

Zugleich unterstrich er, daß heute vieles in den Perestroika-Prozessen am Unvermögen und am Konservatismus des gesellschaftlichen Bewußtseins scheitert, die sich Jahrzehntelang im Rahmen der totalitären Ideologie formierten. Trotzdem vollziehen sich hier sehr tiefe und vielversprechende Prozesse.

M. S. Gorbatschow sagte, daß die Partei die Verantwortung für die Mißerfolge in den vergangenen Jahzehnten übernommen hat. Zugleich bezeichnete er aber als provokatorisch und als Aufstachelung die Versuche, die Partei pauschal für alles zu beschuldigen und in bezug auf die KPdSU liquidatorische Stimmungen zu erzeugen.

Einen Ausweg aus der Krisensituation der sowjetischen Gesellschaft sieht der Generalsekretär des ZK der KPdSU in einem beschleunigten Übergang zur regulierten Marktwirtschaft. Er verwies insbesondere darauf, daß dieser Übergang ohne Beeinträchtigung des Lebensstandards der Bevölkerung erfolgen muß.

Auf die Entwürfe der Plattform des ZK der KPdSU und des Parteistatuts eingehend, sagte M. S. Gorbatschow, daß während der Diskussion, die sich vor dem Parteitag entfaltet hat, diese wesentlich ergänzt wurden und jetzt viele neue Bestimmungen enthalten, die es gestatten, eine radikale Umgestaltung der Partei vorzunehmen, die Rolle der KPdSU in der Gesellschaft zu verändern und die Beziehungen innerhalb der Partei zu demokratisieren.

Unter Berücksichtigung der Meinungen der Kommunisten Rußlands brachte M. S. Gorbatschow im Namen des ZK der KPdSU und seines russischen Büros einen Vorschlag über die Umwandlung der Konferenz in den konstituierenden Parteitag der Kommunistischen Partei der RSFSR, über die Wahl ihres ersten Mannes und ihrer Leitungsorgane ein.

Der Redner erklärte sich nicht einverstanden mit denjenigen, die das Heil der RSFSR in einer Abgrenzung, einer Abkapselung und gar in einem Austritt aus der Union der SSR suchen. Das würde nach seiner Meinung zwangsläufig zu einer Schwächung auch der Russischen Föderation selbst führen. Er gab seiner Gewißheit Ausdruck, daß die Kommunistische Partei Rußlands diesen Prozessen widerstehen kann und als Bestandteil der KPdSU der Union als eine Grundfeste dienen wird.

M. S. Gorbatschow verwahrte sich gegen die Versuche, die Kommunistische Partei auf der amorphen Basis einer Parlamentspartei zu gründen. Endziel solcher Vorschläge ist — so M. S. Gorbatschow — die Zerstörung der KPdSU von innen und deren Entfernung von der politischen Arena.

Er sprach sich für die ideologisch-politische und organisatorische Einheit der Kommunistischen Partei Rußlands auf der Basis der Programmdokumente und des einheitlichen Statuts der KPdSU aus. Der Redner schlug ferner vor, auf dem XXVIII. Parteitag der KPdSU die Frage der Organisationsgarantien für die gleichberechtigte Lage der Kommunistischen Parteien aller Unionsrepubliken im Rahmen der einheitlichen KPdSU zu erörtern.

Auf den bevorstehenden XXVIII. Parteitag der KPdSU eingehend, teilte M. S. Gorbatschow mit, daß auf dem Parteitag die programmatischen Dokumente angenommen werden sollen, auf deren Grundlage eine echte Konsolidierung aller gesunden Kräfte der Arbeiterklasse, der Bauernschaft und der Intelligenz möglich wird. Die Hauptaufgabe der KPdSU in der gegenwärtigen Etappe besteht darin, beharrlich nach Wegen zur Herbeiführung der gesellschaftlichen Eintracht und zur Vereinigung der schöpferischen Kräfte des Landes für die Erneuerung der Gesellschaft zu suchen.

Die KPdSU lehnt die Ideologie und die Praxis des Stalinismus ab, der das geistige und moralische Ideal des Sozialismus verschmäht hat, betonte M. S. Gorbatschow.

Die Partei, so der Redner, setzt sich entschieden dafür ein, daß alle Macht den Sowjets, dem Volke, gehört, und nimmt vom Monopolanspruch und von jeglichen Versuchen der ideologischen Nötigung Abstand. Die KPdSU ist für den Dialog mit den demokratischen gesellschaftlichen Bewegungen und für Kompromisse im Interesse der politischen Stabilität und des Bürgerfriedens offen.

△

Die mehreren Koreferate, die anschließend gehalten wurden, haben ergeben, wie unterschiedlich die verschiedenen Gruppen von Delegierten die zukünftige Kommunistische Partei Rußlands sehen.

Iwan Ossadtschi, der im Namen des Vorbereitungskomitees der Parteikonferenz ein Koreferat hielt, sagte, „viele Kommunisten“ seien davon überzeugt, daß durch Verschuldung der Führung der KPdSU die Partei „in die Situation eines Einholenden versetzt worden ist und deshalb stets die Initiative aus der Hand läßt und folglich nicht in vollem Maße die Entwicklung der Ereignisse beeinflussen kann“.

„Anstatt alle Glieder der Partei zu festigen, ihre Strategie und Taktik zu bestimmen, hat die Führung der KPdSU die Partei dazu verdammt, unter dem massiven Feuer der sich schnell organisierten antisozialistischen Kräfte unbewaffnet in den Gräben dazusitzen. Die Situation in der Republik und im Einzelnen auf dem ersten Kongreß der Volksdeputierten der RSFSR würde eine andere sein, wenn die Kommunistische Partei Rußlands noch vor Beginn der Wahlkampagne gegründet worden wäre.“

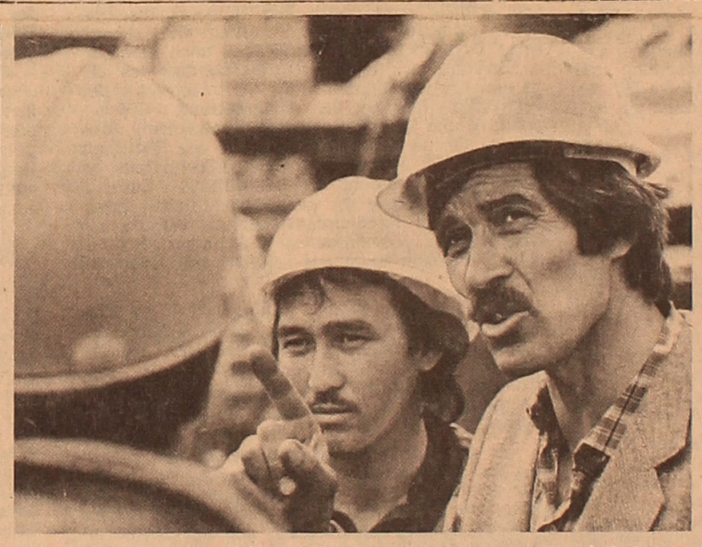
Der Koreferent sprach sich dagegen aus, daß die Russische Kommunistische Partei zu einer Art „sozial-demokratischen, reformistischen Partei parlamentarischen Typs“ wird. Die Mehrheit der Kommunisten sei davon überzeugt, daß „nur eine Kommunistische Partei leninschen Typs, die auf den Leninschen Grundlagen beruht“, Rußland aus der Krise herausführen könne, betonte Osadtschi.

Es hat den Anschein, daß die von dem Vertreter des Vorbereitungskomitees geäußerte Haltung, vielen Delegierten naheliegt. Jedenfalls erntete er starken, um nicht zu sagen, stürmischen Beifall.

„Die KPdSU, die eine tiefe politische Krise erlebt, büßt zur Zeit rasant die Unterstützung der Bevölkerung sowohl des Landes als auch unserer Republik ein“, erklärte der Dozent der Moskauer Hochschule für Luftfahrt Wladimir Lyssenko im Namen der „Demokratischen Plattform in der KPdSU“. Die Anhänger dieser Plattform teilen die Meinung der Mehrheit der Kommunisten der Russischen Föderation über die Notwendigkeit der Gründung einer neuen politischen Partei der russischen Kommunisten in der Republik.

Doch nach Ansicht des Redners ist „es notwendig, die Frage nach Verzicht auf die Grundlagen der Kommunistischen Partei zu stellen, die bis heute nicht arbeiten und die uns zurückwerfen. Die „Demokratische Plattform“ ist der Ansicht, daß wir das utopische Ziel der KPdSU, das in den vergangenen Jahren verkündet wurde — gemeint ist der Aufbau der kommunistischen Gesellschaft — nicht zu unserem

(Schluß S. 2)



Ein Mann, der voranführen kann — so spricht man von A. P. Seliwanow, dem Leiter einer Komplexbrigade und Delegierten des XXVIII. Parteitags der KPdSU aus der Bauverwaltung „Dostyk“ der Aktien- und Pachtvereinigung für Projektierungs- und Bauarbeiten „Almaatashilstroi“. Er arbeitet schon 21 Jahre beim Bau. Davon, daß Anatoli Petrowitsch allgemein Autorität genießt, zeugt die Tatsache, daß er zum Deputierten des örtlichen Sowjets für fünf Legislaturperioden nacheinander gewählt wurde.

In diesem Jahr arbeitet das Kollektiv des anerkannten Meisters auf einigen Großobjekten. Das sind unter anderem das Rechenzentrum des Finanzministeriums der Kasachischen SSR, das Hotel „Intourist“ und ein Wohnhaus in Leninakan.

Unser Bild: Delegierter des XXVIII. Parteitags der KPdSU A. P. Seliwanow (erster rechts) bei der Verladung von Baustoffen für Leninakan.

Foto: KasTAG

Milchüberschüsse aus Hauswirtschaften

Im Sowchos „Shelesinski“, Gebiet Pawlodar, wird der Entwicklung der individuellen Hauswirtschaften große Beachtung geschenkt. Die gelieferten Überschüsse an Fleisch und Milch verbessern wesentlich die Versorgung der Bevölkerung mit diesen Nahrungsprodukten.

Bei den Einwohnern des Sowchos werden täglich nahezu 33 Dezitonnen Milch angekauft. Die größte Menge haben seit Jahresbeginn die individuellen Hauswirtschaften der Sowchosabteilung Sacharowka geliefert. Zur Zeit sind es bereits über 300 Dezitonnen Milch. Zu den aktivsten Milchlieferanten des Dorfes zählen G. Antonenko, G. Suschtschenko und J. Leifried. Insgesamt liefern in dieser Sowchosabteilung rund 82 Familien Milchüberschüsse.

„Nur um ein weniges stehen ihnen die Einwohner der Sowchosabteilung Moissejewka nach“, sagt der Abteilungsleiter Nikolaus Hahn. „Gegenwärtig erreichten die gesamten Milchlieferungen aus unseren Hauswirtschaften etwa 250 Dezitonnen. Dabei sei betont, daß sie in letzter Zeit täglich mehr Milch als die anderen Sowchosabteilungen liefern.“ Auch die anderen zwei Abteilungen haben seit Jahresbeginn über 400 Dezitonnen Milch abgegeben.

Allein in diesem Jahr haben die individuellen Hauswirtschaften des Sowchos „Shelesinski“ über 950 Dezitonnen Milch an den Staat verkauft. Das ist wesentlich mehr als in der gleichen Zeitperiode des Vorjahrs.

Der Milchankauf in den individuellen Hauswirtschaften hat es ermöglicht, das Problem der Versorgung der Städte und der Rayonzentren des Gebiets mit Milch zu lösen. In den Verkaufsstellen gibt es ständig eine ausreichende Auswahl an Milcherzeugnissen.

Theodor SCHANDER
Gebiet Pawlodar

Wirtschaftsleben kurzgefaßt

Gut eingespielt arbeitet die beste Schicht der Dshambuler Eisenbahnabteilung mit Galina Brandt an der Spitze. Die sachkundige Arbeit aller Mitglieder gestattet diesem Kollektiv, bis 11 Züge pro Arbeitsschicht abzufertigen.

Geschäftiges Treiben herrscht zur Zeit auf den Feldern des Gebiets Koktschetaw. Unter den ersten im Gebiet begannen die Heuernte die Futterbeschaffer des Technikum-Sowchos „Serenda“. In diesem Jahr beabsichtigen sie 8 000 Tonnen Heu, 6 000 Tonnen Anweiksilage und 28 000 Tonnen Silofutter bereitzustellen. Führend im Wettbewerb sind die Mechanisatoren S. Deschuk und V. Hepting, die täglich bis 20 Hektar Gras abmähen.

Ihrem Abschluß geht die Schafschur im Rayon Dshangalinski, Gebiet Uralsk zu. Von den gesamten 204 000 Schafen sind hier schon 190 000 geschoren worden. Der durchschnittliche Wollertrag beträgt 1,4 Kilogramm je Schaf. Das ist um 200 Gramm mehr als im vorigen Jahr.

Gärten unter Glas und Plast liefern seit dem Jahresbeginn ihre Gemüseproduktion für die Werktätigen der Produktionsvereinigung „Balchaschmed“, Gebiet Dsheskasgan. Während dieser Zeit hat man hier schon 16 Tonnen Tomaten, 102 Tonnen Gurken, 4 Tonnen Vitamingrün erzeugt. Zur Zeit errichtet die Bau- und Montageverwaltung der Vereinigung noch drei Treibhäuser mit der Gesamtfläche von drei Hektar.

Erdbeben in Kasachstan

Kasachstan setzt große Bemühungen daran, die Folgen des Erdbebens der Stärke 8 zu beseitigen, die sich vor kurzem im Osten der Republik ereignete. Das Beben forderte ein Menschenleben. Der Sachschaden ist enorm. Nach bisher vorliegenden Angaben wurden in 122 Dörfern und Siedlungen rund 8 000 Häuser beschädigt, mehr als die Hälfte total zerstört. Über 25 000 Menschen wurden obdachlos. 72 Objekte des Gesundheitswesens, 22 Kindergärten, 36 Klubs, 86 Verkaufsstellen und mehrere Produktionsräume wurden in Mitleidenschaft gezogen. Bis zum Kälteeinbruch kann der ganze Umfang der Wiederherstellungsarbeiten kaum geschafft werden.

Im Katastrophengebiet hielt sich der Präsident Kasachstans, N. A. Nasarbajew, auf. In Angriff genommen wurden erstrangige Maßnahmen zur Beseitigung der Folgen des Bebens. Gesendet werden sollen Lebensmittel, Medikamente, Konsumgüter, beheizte Jurten, Wohnungen und Fertighäuser sowie Baumaterial. Alle Gebiete Kasachstans werden Patenschaft über die betroffenen Dörfer übernehmen.

(TASS)

XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Kasachstans

Entschließung

zum Rechenschaftsbericht des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans an den XVII. Parteitag „Für die Einheit der Partei, die sozialistische Option und die reelle Souveränität Kasachstans in der erneuerten UdSSR“

(Schluß)

Der Parteitag bewertet als positiv die massenpolitische Arbeit des ZK, gezielt auf die Verleihung des Statuts der Staatssprache dem Kasachischen und der zwischennationalen Verkehrssprache dem Russischen. Die Parteikomitees und die Kommunisten der Republik müssen die Schaffung von Bedingungen für die Entwicklung der Sprachen und Kulturen der anderen in der Kasachischen SSR lebenden Völker anstreben.

Der Parteitag unterstützt das Recht aller nationalen Gruppen auf die Vertretung in den Staatsmacht- und Verwaltungsorganen, jeder nationalen Gemeinschaft auf die Schaffung eigener nationalkultureller Zentren in beliebiger Region der Republik, von religiösen und anderen Assoziationen im Rahmen der Verfassungssätze, unter der Bedingung der Unverletzlichkeit der territorialen Integrität der Kasachischen SSR.

Als eine wichtige Richtung der ideologischen Tätigkeit betrachtet der Parteitag die Gewährleistung der organischen Einheit von Kultur, Wissenschaft und Bildung mit dem sich erneuernden System der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und nationalen Beziehungen. Der Fortschritt der Gesellschaft ist unmöglich ohne die Aneignung der von der Menschheit gesammelten geistlichen Schätze, ohne die Kenntnis der Errungenschaften der eigenen Kultur, ohne die Überwindung der historischen Bewußtlosigkeit. In der letzten Zeit wurde nicht wenig für die Verbesserung der groben Fehler und Entstellungen bei der Bewertung der Kultur- und der Literaturwerke des kasachischen Volkes getan. Es wird an der Wiederherstellung der wahren Geschichte Kasachstans, an der Erhaltung der Bräuche, Traditionen, Gewerbe, der historischen und Kulturdenkmäler gearbeitet. Der Parteitag hält es für notwendig, die begonnene Sache in engem Bund mit der wissenschaftlichen und schöpferischen Intelligenz weiter fortzusetzen.

Den Gesellschaftswissenschaften große Bedeutung beimessend, empfiehlt der Parteitag dem ZK, bis zu Ende von 1990 die Ausarbeitung der Konzeption der Entwicklung der Gesellschaftswissenschaften in der Republik zu vollenden und dabei eine besondere Aufmerksamkeit der Politologie, der Soziologie und der Sozialpsychologie zu schenken; über die Umwandlung des Instituts für Parteigeschichte beim ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans — der Zweigstelle des Instituts für Marxismus-Leninismus beim ZK der KPdSU — in das Institut für sozialpolitische Forschungen des ZK der Kommunistischen Partei der Republik zu beraten; eine radikale Umgestaltung der parteilichen und politischen Hochschulbildung, der Lektionspropaganda und der massenpolitischen Arbeit durchzuführen; in der Parteipraxis aktiv soziologische Forschungen auszunutzen, im ZK und in den Gebietsparteikomitees die Bildung von Zentren und Gruppen für die Erforschung und Bildung der öffentlichen Meinung sowie für die Prognostizierung politischer Situationen zu vollenden.

Der Parteitag betont, daß der Erfolg der Perestroika von der Berücksichtigung der Vielfalt der Interessen im Sozialismus, von der zielbestrebten ideologischen Arbeit der Partei mit verschiedenen sozialen und Berufsgruppen der Bevölkerung, besonders der Jugend, abhängt.

Es ist die Pflicht der Kommunisten, eine entschiedene Hinwendung zu den realen Belangen der jungen Generation zu erreichen, ihre Gleichberechtigung, engagierte Beteiligung an den gesellschaftlich-politischen und sozialökonomischen Prozessen zu garantieren sowie zur Entfaltung des schöpferischen Potentials in allen Bereichen der Volkswirtschaft beizutragen.

Als eine der wichtigen Aufgaben der Parteikomitees und Grundparteiorganisationen der Republik erachtet der Parteitag die verstärkte Aufmerksamkeit gegenüber den Kindern, der Erziehung in der Familie und der Pionierbewegung. Dabei ist es wichtig, bei den Jugendlichen die Gefühle der Achtung der heroischen Traditionen des Volkes und der Armee zu formen, das Ansehen des Armeedienstes zu heben, ständige Sorge um die Veteranen, internationalistische Kämpfer und Armeeangehörigen zu bekunden.

Als Prioritätsrichtung in der Arbeit der Kommunisten der Republik betrachtet der Parteitag die radikale Änderung der jetzigen Einstellung zur Volksbildung und fordert die Parteikomitees auf, sich aktiv an der Ausarbeitung und Verwirklichung der staatlichen Zielprogramme der Entwicklung der allgemeinbildenden, Hoch-, Fachmittel- und technischen Berufsschulen zu beteiligen.

Unter den Bedingungen der weitgehenden Offenheit und der Pressefreiheit sind die Parteikomitees verpflichtet, im Rahmen der demokratischen Umgestaltungen in der Partei die ideologische Beeinflussung der Massenmedien zu gewährleisten und diese durch politische Methoden über die darin tätigen Kommunisten zu verwirklichen. Es gilt auch, ständig das Ansehen des journalistischen Wortes in den Massen zu festigen, dabei die Verantwortung für die Objektivität der Publikationen und Sendungen zu steigern und die Versuche des Mißbrauchs der Informationsmacht zu unterbinden. Der Parteitag schlägt vor, die Praxis der Bestätigung der Chefredakteure der Parteiausgaben auf den Plenartagungen der Parteikomitees fortzusetzen. Die Sekretäre der Parteikomitees und die Chefredakteure müssen die Verantwortung für die ideologische Ausrichtung der parteilichen Massenmedien tragen. Es ist notwendig, die Struktur der Parteipresse mit den sich gewandelten Bedingungen der Tätigkeit der Partei in Einklang zu bringen, das Netz der Parteiverlage auszubauen und ihre materiell-technische Basis zu festigen sowie an der künftigen Schaffung eines eigenes Fernsehkanals zu arbeiten.

III.

Der XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Kasachstans spricht sich für die Unterstützung des Entwurfes des neuen Statuts der KPdSU, für die Erhaltung und Festigung ihrer Position als Avantgardepartei der Arbeiterklasse, aller Werktätigen aus, die die sozialistische Option und die kommunistische Perspektive unterstützen. Die Kommunisten Kasachstans treten für die Einheit der Partei auf der Grundlage des gemeinsamen Programms und Statuts, auf den Leninschen Prinzipien des demokratischen Zentralismus auf, die die Rechte der Minderheit garantieren und sich auf die dialektische Einheit von Demokratie und Zentralismus, auf die Mannigfaltigkeit der Meinungen sowie auf feste, bewußte Parteidisziplin stützen.

Der Parteitag konstatiert positive Wandlungen im Arbeitsstil des ZK, seines Büros und Sekretariats. Zur Regel wurden die Zusammenkünfte mit den Veteranen, der Jugend, den Frauen, Intellektuellen, Vertretern der Arbeitskollektive, die Rechenschaftslegungen des ZK-Mitglieder vor den Kommunisten und Werktätigen an der Basis. In der Tätigkeit der gewählten Organe der Kommunistischen Partei der Republik behaupten sich Kollegialität und Transparenz, die Verbindungen mit den örtlichen Parteikomitees und Grundparteiorganisationen festigen sich, es wurde ein Rat ihrer Sekretäre gebildet. Zum erstenmal wurden die leitenden Organe der Kommunistischen Partei Kasachstans aller Ebenen auf einer demokratischen Grundlage unter unmittelbarer Teilnahme aller Kommunisten geformt.

Die Tätigkeit des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans zur Vertiefung der innerparteilichen Demokratie unterstützend, ist der Parteitag der Ansicht, daß die Erneuerung des Parteilebens angesichts des Anwachsens der Krisenerscheinungen noch langsam verläuft. Ein Beweis dafür sind die Senkung der Parteidisziplin, die Verminderung des Zustroms neuer Mitglieder und das Anwachsen der Austritte aus der KPdSU.

Das ZK in seiner früheren Zusammensetzung, gebildet vorwiegend nach dem Amtsprinzip und ohne weitgehende Beteiligung der Parteimassen, erfüllte seine politischen und organisatorischen Funktionen nicht in vollem Maße. Auch seine Kommissionen rechtfertigen noch nicht ihre Bestimmug. Nicht selten übernahmen das Büro und das Sekretariat die Vollmachten des Zentralkomitees bei der Ausarbeitung der Beschlüsse und ihrer praktischen Realisierung. Aus diesem Grund beschränkte sich die Tätigkeit vieler ZK-Mitglieder nur auf die Teilnahme an den Plenarsitzungen, die behördliche Zugehörigkeit verdrängte die gesamtparteilichen Interessen. In der Rechenschaftsperiode wurden aus dem ZK aus verschiedenen Gründen 28 Menschen, darunter neun aus negativen Motiven abberufen.

Es ist auch noch nicht gelungen, mit den früheren Weisungsmethoden in den Beziehungen der höherstehenden Parteikomitees mit den untergeordneten sowie mit der Entfremdung der Kommunisten ihrer realen Beteiligung an der Formung und Durchführung der Parteipolitik aufzuräumen.

Als erstrangige Aufgabe erachtet der Parteitag die tiefgehende Demokratisierung des innerparteilichen Lebens, die Vervollkommnung der Wahl der leitenden Organe, die Durchsetzung der Macht der Parteimassen und der Selbstverwaltungsprinzipien in allen Parteiorganisationen.

Der Parteitag spricht sich für die Schaffung des Politbüros des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans aus, beauftragt das ZK, Kommissionen für die Hauptrichtungen seiner Tätigkeit zu bilden sowie praktische Maßnahmen zur Optimisierung der Struktur und der Funktionen der Parteikomitees und des Apparats zu ergreifen, die dem Übergang zu den politischen Leitungsmethoden entsprächen.

Als die wichtigste Voraussetzung für die Demokratisierung des Parteilebens betrachtet der Parteitag den Ausbau der Beteiligung der Grundparteiorganisationen an der Erarbeitung prinzipieller Entscheidungen, an der Durchführung der Kaderpolitik, der Vollmachten in Fragen der Aufnahme in die Partei und der Unterbrechung der KPdSU-Mitgliedschaft, der Bestimmung der eigenen Struktur, der Methoden und Richtungen der Arbeit, die Häufigkeit von Versammlungen, politischen Aktionen und der Finanztätigkeit.

Der Parteitag befürwortet die Praxis der Bildung von Grundparteizellen nach dem Produktions-, dem Territorial- und dem Funktionsmerkmal, der Bildung von horizontalen Strukturen sowie Sekretärenräten und der Teilnahme ihrer Vertreter an der Arbeit der übergeordneten Wahlorgane.

Die Tätigkeit der Parteikomitees muß ausgehend vom Bedarf der Grundparteiorganisationen, unter ihrer Teilnahme und ihrer Kontrolle bestimmt werden.

Auf der überlebten Nomenklaturprinzipien verzichtend, unterstützt der Parteitag die demokratischen Verfahren der Aufstellung von KPdSU-Anhängern, darunter auch Parteilosen, auf die Schlüsselposten in den Staats-, Wirtschaftsorganen und gesellschaftlichen Organisationen.

Der Parteitag bringt seine feste Meinung zum Ausdruck, daß die Selbständigkeit der Kommunistischen Partei Kasachstans die Möglichkeit der Selbstbestimmung der Parteiorgane der Republik im konzeptualen Herangehen und praktischen Handeln bei der Lösung von sozialökonomischen und gesellschaftlich-politischen Problemen voraussetzt. Als Hauptkriterium für das ZK bei der Bestimmung der eigenen Position in beliebiger Fragen muß die Widerspiegelung der Interessen der multinationalen Bevölkerung der Republik dienen. Der Parteitag bestätigt die Aktualität der Plattform der Kommunistischen Partei Kasachstans „Zur Erneuerung der Kommunistischen Partei Kasachstans und zur Souveränität der Republik in der neuen Föderation“ und definiert sie als das Aktionsprogramm für die Zukunft.

Die Veränderung der sozialökonomischen Situation, die Abgrenzung der Kompetenz des ZK der KPdSU, der Republik und der örtlichen Parteiorgane bei der Lösung der Haushalts-, Struktur-, Stellenplan- und Finanzfragen erfordern eine unverzügliche Suche nach nichttraditionellen Einkommensquellen unter den Bedingungen der Selbstfinanzierung, der Einführung des Sparregimes und der Elemente der wirtschaftlichen Rechnungsführung in der Tätigkeit der Betriebe und Einrichtungen der Parteiorgane. Die Bildung des Parteihaushalts muß von unten, offen, und seine Nutzung unter der Kontrolle der Grundparteiorganisationen und Wahlorgane erfolgen.

IV.

Der Parteitag konstatiert, daß das ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans als Initiator der Ausarbeitung aufgetreten und der politische Organisator der Realisierung konkreter ökonomischer und sozialer Programme geworden ist.

Zugleich stellt der Parteitag fest, daß die Realisierung der radikalen ökonomischen Reform in der Republik mit traditionellen Methoden, unter Beibehaltung des administrativen Weisungssystems der Leitung vor sich geht.

Es ist zu keiner grundlegenden Wendung in der strukturellen Umgestaltung, in Tempo und Effektivität der sozialökonomischen Entwicklung gekommen, in der Ökonomik dominieren nach wie vor extensive Faktoren und der Aufwandmechanismus der Wirtschaftsführung. Verschlimmert hat sich die Arbeit- und Staatsdisziplin, öfter gibt es Fälle von Gruppenegoismus, Lokalpatriotismus und Ressortgeist sowie Nichterfüllung der vertraglichen Verpflichtungen. Die Umstellung der Ökonomik auf kollektive Eigentumsformen erfolgt zu langsam.

Auf dem Verbrauchermarkt wächst die Diskrepanz, die Nachfrage nach Lebensmitteln, Waren des täglichen Bedarfs und Dienstleistungen wird nicht gedeckt. Nach wie vor bleiben die ökologische Lage, die Probleme des Gesundheitswesens, des Handels, der Wohnungs- und Kommunalwirtschaft angespannt. Die Finanzlage der Republik bleibt äußerst instabil, die Geldinflation und -emission wachsen, die Kaufkraft des Rubels fällt. All dies führt zur Erhöhung der sozialen Gespanntheit, unterhöhlt das Ansehen der Machtorgane und erweckt Mißtrauen zu den vor sich gehenden Umgestaltungen. Ohne Erkämpfung einer wahren ökonomischen Selbständigkeit ist es für die Republik unmöglich, aus dieser Krise herauszukommen.

Der Parteitag unterstützt die Anstrengungen des ZK der Kommunistischen Partei Kasachstans in dieser Richtung und sieht die Garantie der ökonomischen Souveränität vor allem in der praktischen Verwirklichung des Rechts auf Eigentum, Besitz, Nutzung des Bodens und der Naturschätze und Verfügung über sie im Interesse aller Völker der Kasachischen SSR, in der Beseitigung des behördlichen Diktats und der übermäßigen Zentralisierung der Leitung, in der Entwicklung ökonomischer Beziehungen zu anderen Republiken und zum Ausland auf der Grundlage des gleichwertigen Austausches und des gegenseitigen Vorteils.

Es kommt darauf an, in der neuen Konzeption der Entwicklung der Produktivkräfte der Republik die strukturelle Umgestaltung der Volkswirtschaft zugunsten der wissenschaftsintensiven, abfallfreien, konkurrenzfähigen und ökologisch reinen Betriebe vorzusehen, die einen hohen Zuwachs an Nationaleinkommen und eine rationelle Nutzung der Arbeitsressourcen absichern.

Die Volkswirtschaft größtmöglichst auf soziale Prioritäten orientierend, müssen wir auch die Entwicklung der Energetik, des Maschinenbaus, der Eisen- und Buntmetallurgie, der Brennstoff- und Chemieindustrie sowie jener Zweige gewährleisten, die das ökonomische Potential der Republik bestimmen.

Es gilt, die materiell-technische Basis der Grundlagen- und der angewandten Wissenschaft zu festigen, neue Formen der Organisation des wissenschaftlichen Lebens, der Selbstverwaltung der wissenschaftlichen Institutionen und ihres gleichberechtigten Wetteifern entfalten.

Der Strategie der Wirtschaftsentwicklung muß die Schaffung einer effektiven sozial orientierten Wirtschaft zugrunde liegen. Der Parteitag beauftragt das ZK, als Prioritätsrichtungen der sozialökonomischen Politik auch weiterhin die Realisierung folgenden Programme zu betrachten: der Lebensmittelproduktion, des Wohnungsbaus, besonders auf dem Lande, der Erzeugung von Konsumgütern und der Leistung der entgeltlichen Dienste für die Bevölkerung, des ökologischen Programms sowie der Entwicklung des Transports, des Post- und Fernmeldewesens der Überwindung des Rückstands der materiellen Basen des Gesundheitswesens, der Volksbildung, der Wissenschaft und Kultur, der Infrastrukturen in Stadt und Land.

Der Parteitag verweist darauf, daß die Erfüllung des Lebensmittelprogramms nicht nur eine Wirtschaftsaufgabe ist, es hat eine stark ausgeprägte politische Bedeutung.

Auf der Grundlage der vollständigen Gleichberechtigung der verschiedenen Eigentumsformen und des Systems der staatlichen Maßnahmen, die die vorrangige Entwicklung des Agrarsektors vorsehen, sind eine gründliche Umgestaltung der Produktionverhältnisse auf dem Lande, die Gewährung den Bauern weitgehender Möglichkeiten zur Offenbarung von Selbständigkeit, Unternehmungslust und Initiative, die entschiedene Überwindung ihrer Entfremdung den Produktionsmitteln notwendig.

Dabei warnt der Parteitag von Kampagnegeist und Voluntarismus bei der Durchführung der Agrarpolitik, vor der künstlichen Auflösung der Kolchose und Sowchose, vor der Bildung bürokratischer Hindernisse für die Pacht, individuelle und Bauernwirtschaften. Der Parteitag spricht sich für die schnellste Realisierung des Programms der Einführung der hohen Sanitätskultur auf den Farmen und der Liquidierung der Infektionskrankheiten in der Viehzucht aus.

Der Parteitag ist der Ansicht, daß der Übergang zum Markt in Verbindung mit einer flexiblen staatlichen Regelung der Wirtschaft ihr den nötigen Dynamismus verleihen und zur Steigerung der Arbeitsproduktivität und Produktionsqualität, zur Abschaffung der Gleichmacherei und des sozialen Konsumentiertums beitragen wird. Dabei gilt es, nach Kräften die Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts zu fördern.

Es ist notwendig, eine raschere Verabschiedung von Gesetzgebungsakten zu gewährleisten, die auf die Demonopolisierung der Produktion, auf die Gründung von Klein- und Mittelbetrieben, die Entwicklung gesunder Konkurrenz und freien Unternehmertums, auf die Einführung der progressiven Besteuerung auf eine weitere Ausbreitung der wirtschaftlichen Selbständigkeit der Hauptproduktionsgruppen und die Hebung ihrer wirtschaftlichen Verantwortung vor dem Konsumenten gerichtet sind.

Es ist notwendig, ein wissenschaftlich begründetes System sozialer Garantien für die Werktätigen, besonders für die minderbemittelten Schichten, vor den Folgen der Einführung der Marktwirtschaft zu schaffen und keine Massenarbeitslosigkeit zuzulassen. Die Probleme des Übergangs zum Markt und der Erhöhung der Einzelhandelspreise müssen allgemein erörtert werden.

Das neue Denken fordert eine Ökologisierung der Politik. Die Kommunisten der Republik müssen einen aktiven Kampf für die Verhinderung einer ökologischen Katastrophe führen und die Durchführung einer modernen Naturschutzpolitik in der Volkswirtschaft gewährleisten.

Der Parteitag unterbreitet dem Obersten Sowjet der UdSSR den Vorschlag über eine sofortige Annahme des Beschlusses über die vollständige Einstellung der Atomwaffentests auf dem Testgelände Semipalatinsk und seine Umprofilierung im Interesse der Volkswirtschaft.

Der Parteitag spricht sich aus für die Durchführung — gemeinsam mit der Regierung der UdSSR und den Militärämtern — einer Generalrevision der von ihnen besetzten Territorien, für die Zuführung eines Teils davon der wirtschaftlichen Nutzung, für die Wiedergutmachung der materiellen, ökologischen und moralischen Schäden, die die Bevölkerung infolge der Nutzung des Geländes für die Verteidigungszwecke erlitten hat. Der Parteitag tritt für die volksumfassende Hilfe bei der Liquidierung der Folgen der Tragödie im Raum des Aralsees, für die Ausarbeitung des staatlichen Programms der Sanierung der Bevölkerung dieser sowie anderer ökologisch ungünstiger Regionen ein.

V.

Ein kennzeichnendes Merkmal der Berichtsperiode war der vertiefte und allumfassende Prozeß der Reform des politischen Systems der Gesellschaft. Die Demokratisierung der staatlichen und der gesellschaftlichen Tätigkeitssphäre förderte das Werden der erneuerten Sowjets als reale Organe der Volksherrschaft. Der XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei Kasachstans stellt fest, daß die Parteikomitees der Republik konsequente Arbeit zur Organisation wahrhaft demokratischer Wahlen der Volksdeputierten aller Stufen der Repräsentativmachtorgane durchführen. Den Ausgang der Wahlen entschied in vielem der Umstand, daß die Kommunistische Partei Kasachstans sich zum erstenmal mit eigener politischer Plattform am Wahlkampf beteiligte. Ein Zeugnis dafür ist die Unterstützung des Kurses der Kommunistischen Partei der Republik durch die Wählermehrheit.

Zum erneuerten Deputiertenkorps gehören hauptsächlich aktive Anhänger der Perestroika. Er besteht vorwiegend aus Kommunisten. Das geistige Potential der Auserwählten des Volkes ist gestiegen. Zugleich stellt der Parteitag fest, daß es während der Wahlkampagne schwerwiegende taktische Fehler und politische Unterlassungen vieler Parteiorganisationen gab, die die Initiative eigentlich aus der Hand ließen und die Vertreter der Arbeiterklasse, der Bauernschaft, der Jugend und der Frauen im Kampf um die Deputiertenmandate nicht gehörig zu unterstützen vermochten.

Die Delegierten des Parteitags befürworteten den Kurs der KPdSU auf den entschiedenen Bruch mit dem früheren Partei- und Staatssystem der Macht, verzichten auf politischen Monopolismus und betrachten die Festigung des Vertrauens der Massen gegenüber der Tätigkeit der Sowjets, die Übergabe der wirksamen Leitungshebel an die Basis und den Abschluß der Schaffung einer Rechtsbasis der Sowjets der Volksdeputierten aller Stufen als die Hauptaufgabe der Kommunisten, die im Obersten Sowjet der Kasachischen SSR und in den örtlichen Machtorganen tätig sind. Zu einem wichtigen Hebel der Durchführung des Parteikurses wird die Tätigkeit der Deputierten-Kommunisten und der Sekretäre der Parteikomitees, die die Sowjets anleiten. Ihre Aufgabe ist, die Fülle der Staatsmacht in den Sowjets der Volksdeputierten zu konzentrieren.

Der Parteitag quittiert mit Genugtuung die Einführung des Instituts der Präsidentenmacht in der Republik, das Voraussetzungen für eine strikte Einhaltung der Gesetze, Wahrung der Rechte, Freiheiten und der Sicherheit der Bürger, für die Durchsetzung der Souveränität der Republik und die Herstellung der optimalen Verhältnissen zwischen Gesetzgebungs-, Vollzugs- und Gerichtsmacht schafft.

Es kommt darauf an, rascher die Deformationen im Leben der Gesellschaft abzuschaffen, die Effektivität der Arbeit der Rechtsschutzorgane im Kampf gegen Kriminalität, besonders organisierte, andere gesellschaftswidrige Erscheinungen sowie bei der Beseitigung der Ursachen ihrer Entstehung zu erhöhen, die Arbeit der Kontrollorgane zu vervollkommnen, ihre Anstrengungen auf die Ausmerzung von Mißwirtschaft, gefälschten Berichterstattungen, Verletzungen der sozialen Gerechtigkeit und anderer negativer Erscheinungen zu lenken.

Die Perspektiven durchgreifender Wandlungen im politischen System fordern eine flexible Umgestaltung der Tätigkeit der Parteikomitees und Parteigrundorganisationen. Die Partei wird konsequent ihre Position als die führende behaupten. Ihr Avantgardeplatz im gesellschaftlichen Leben der Republik muß sie durch die revolutionär-umgestaltenden Ideen und das Vermögen behaupten, die Menschen für deren Realisierung zusammenzuschließen.

Der Parteitag erachtet es für notwendig, die Parteiorgane, alle Kommunisten auf die Meisterung der Kunst abzuzielen, Parlamentsdebatten und Wahlkampagnen zu führen, Kompromißlösungen, ersprießliche Zusammenarbeit und konstruktive Dialoge mit allen Gesellschaftskräften zu führen, die auf den Positionen der Erneuerung des Sozialismus stehen.

Der Parteitag spricht sich dafür aus, daß die Beziehungen der Parteikomitees und Organisationen mit den Gewerkschaften, dem Komsomol unter Berücksichtigung ihrer organisatorischen Selbständigkeit, auf gleichberechtigtem Zusammenwirken auf der aktiven Arbeit der Kommunisten in ihren Gremien und auf der Erhöhung des ideologischen Einflusses der Partei auf diese gesellschaftliche Formationen beruhen.

Der Parteitag unterstützt die durchgreifende Reformierung und Demokratisierung der Organe der Volkskontrolle. Die Kommunistische Partei Kasachstans ist bereit, konstruktive und sachliche Zusammenarbeit mit den Massenorganisationen zu pflegen, die im Rahmen der Verfassung der UdSSR agieren und die Umgestaltung unterstützen.

△

Der Parteitag appelliert an die Kommunisten, an alle Werktätigen der Republik, die in den von ihm ausgearbeiteten Dokumenten enthaltene Position zu unterstützen, und erachtet es als notwendig, den Willen der Kommunisten Kasachstans dem bevorstehenden XXVIII. Parteitag der KPdSU kundzutun, welcher berufen ist, die entscheidende Rolle im Schicksal der Partei, in der Zukunft des Landes und bei der Bestimmung der Perspektiven des Sozialismus zu spielen sowie die Treue zum Leninschen Kurs, die Ergebenheit für die Ideen der Großen Oktoberrevolution, der Umgestaltung und der Erneuerung der Gesellschaft zu bekräftigen.

Zeit der Wahl

(Schluß)

Ziel machen sollen. In diesem Zusammenhang sprach sich der Redner dafür aus, den alten Parteinamen abzuschaffen, der sich kompromittiert hat.

Die russische Partei müsse auf „dem ganzen Reichtum des demokratischen Gedankengutes basieren, das die Ideen von Marx, Lenin und anderen Theoretikern des Marxismus als eine der Quellen beinhaltet.“

Wladimir Lyssenko schlug vor, auf der Konferenz keine neue Partei zu konstituieren, sondern nur die Grundkonzeptionen ihrer Schaffung zu erörtern, wonach sie möglicherweise einem Referendum der russischen Kommunisten vorgelegt werden.

Andrej Kalganow, wissenschaftlicher Mitarbeiter der ökonomischen Fakultät der Moskauer Universität, der im Namen der marxistischen Plattform sprach, erklärte, daß die Kommunisten vor einer Alternative stehen: „Zu einer Partei von früheren Staatsbeamten zu werden, oder zu den Massen zu gehen, deren Interessen zu verteidigen und zu artikulieren“.

Die erstrangige Aufgabe der Kommunisten bestehe darin, ein Programm der Überwindung der Krise vorzuschlagen, sagte Andrej Kalganow. In diesem Zusammenhang kritisierte er die von der UdSSR-Regierung vorgeschlagene Konzeption des Übergangs zum regulierten Markt. Nach seinen Worten hat sie lediglich „die Tür zum Markt nur einen Spalt geöffnet und den bürokratischen Überbau über der Wirtschaft unangetastet gelassen“. Der Redner betonte, daß Kompensationszahlungen nicht ausreichen, um soziale Garantien beim Übergang zum Markt zu gewährleisten, es ist erforderlich, die Vollmacht der örtlichen Sowjets zu sichern und die Selbständigkeit der Arbeitskollektive zu festigen.

Auf die Grundlagen der organisatorischen Struktur der Partei eingehend, erklärte der Vertreter der marxistischen Plattform, daß es notwendig ist, mit dem bürokratischen Zentralismus zu brechen und die Rechte der Grundparteiorganisationen zu erweitern. Der Minderheit soll das Recht auf Kritik und auf Organisation von Plattformen gewährt werden, der Fraktionskampf darf jedoch nicht ermuntert, und eine „Zerstückelung“ der Partei darf nicht zugelassen werden.

Anschließend wurde das Wort Viktor Tjulkin, Sekretär des Parteikomitees eines Leningrader Betriebes, gewährt, der den sogenannten Initiativparteitag der Russischen Kommunistischen Partei vertrat. Wie er erklärte, wurde bei diesem Treffen, das in Leningrad in zwei Etappen veranstaltet worden war **und Anschuldigungen** an seine Teilnehmer hervorgerufen hatte, diese „verteidigen den Konservatismus“, bei weitem nicht das Ziel gestellt, eine Partei bzw. Fraktion außerhalb der KPdSU zu gründen. „Wir sind keine besondere Plattform“, betonte er.

Die Kommunisten, die am Leningrader Treffen teilgenommen haben, sagte der Redner, waren bestrebt, eine Alternative zu der Politik zu finden, die im Verlaufe der letzten fünf Jahre Perestroika dem Volk, so die Worte des Redners, nichts gegeben hat. An die Stelle des alten Dogmatismus trat ein „neuer Perestroika-Dogmatismus“ in einer ganzen Reihe von Fragen, behauptete der Redner. Den Grund **dafür sieht der Redner** darin, daß die Partei eine Abkehr vollzogen hat vom klassenmäßigen Herangehen als einem Instrument der Analyse gesellschaftlicher Erscheinungen. Von hier aus, so der Redner, findet eine Verschiebung der Ziele der Perestroika statt. Er stellte die Frage, von welchen Zielen sich die Perestroika im allgemeinen und insbesondere die ökonomische Reform leiten läßt: „Orientiert sie sich an den Interessen der Mehrheit der einfachen Werktätigen oder an den Interessen einer kleinen Gruppe von Leuten, die auf das Geld aus sind?“

Der Massenaustritt von Arbeitern aus der KPdSU erklärt sich nach den Worten von Viktor Tjulkin daraus, daß sie die wachsende Ungerechtigkeit spüren, der durch den gegenwärtigen politischen Kurs „abgesegnet“ wird.

Wenn man kurz die politische **Position der Teilnehmer** der Leningrader Konferenz formulieren will, erklärte der Redner, so ist es die folgende: „Wir sprechen uns für die Einheit der Marxisten aus und gegen eine Einheit der Marxisten mit den Verdrehern des **Marxismus**“.

Für die Debatten war eine scharfe Kritik kennzeichnend, der die KPdSU-Führung wohl noch nie zuvor ausgesetzt war. Alexander Melnikow, Erster Sekretär des Gebietskomitees Kemerowo der KPdSU, zum Beispiel, teilte mit, daß die Parteikonferenz des Kusnezker Beckens mit einer überwältigenden Stimmenmehrheit eine Resolution annahm, in der sie dem ZK und Politbüro Mißtrauen aussprach und den Rücktritt aller seiner Mitglieder verlangte.

Er warnte auch M. S. Gorbatschow vor einem „Hinabgleiten in den Personenkult“. Seine Meinung begründete er damit, daß es zu einer „schrittweisen Abkehr des Zentralkomitees und der Partei selbst von der Beschlußfassung über sehr wichtige Fragen kommt“.

Der Kommandierende der **Truppen des Militärbezirks Priwolshsk—Uralsk, Generaloberst** Albert Makaschow, erklärte, daß die Kommunisten der Armee und Flotte über die Tatenlosigkeit des ZK, des Politbüros und der Regierung gegenüber denjenigen empört seien, die gegen die Militärangehörigen hetzen und die für jedes Volk heiligen Begriffe Patriotismus und Soldatenpflicht mit Füßen treten. Die Behauptungen, „niemand will uns angreifen“, seien für Schwachsinnige bestimmt, unterstrich er.

Man müsse den politischen Meinungspluralismus und das Recht der Unterbreitung verschiedener Plattformen in einzelnen Fragen gelten lassen, doch man dürfe nicht auf die kommunistische Ideologie verzichten und innerhalb der Partei eine organisatorische Bildung von Fraktionen zulassen, sagte Tatjana Ljapakowa, Lehrerin aus dem Gebiet Wologda.

Die Konferenz setzt ihre Arbeit fort.

(TASS)

Aus aller Welt

PANORAMA

Währungsunion bremst Handel

Droht den traditionellen Wirtschaftspartnern DDR und CSFR ein „Handelskrieg"? Presseberichten zufolge haben DDR-Abnehmer im Vorfeld der deutsch-deutschen Währungsunion bereits Warenlieferungen im Wert von 120 Millionen transferablen Rubeln storniert. Das ist gemessen an den für 1990 vereinbarten rund drei Milliarden Rubeln Gesamtumsatz sicher noch nicht alarmierend, fällt aber für einzelne Branchen spürbar ins Gewicht. Bedingt durch die unsicheren Perspektiven im DDR-Fahrzeug- und Landmaschinenbau trifft es beispielsweise die tschechoslowakischen Hersteller von Gußteilen. Sie erteilte die Kunde, daß im Nachbarland Ware für drei Millionen Rubel weniger als vereinbart gebraucht wird. Ähnliche Tendenzen gibt es auch im Handel mit Werkzeugmaschinen und auf anderen Gebieten, wobei die CSFR das stets vorhandene Passivum früher unter anderem mit den Einnahmen aus dem Reiseverkehr mit der DDR ausglich. Für dieses Jahr standen dafür wiederum drei Milliarden Kcs zu Buche. Aufgrund der geringen Nachfrage nach Kronen unter ihrer Bevölkerung hat die DDR aber seit Jahresbeginn noch keine Kronen für den Tourismus erworben.

Freilich betrachten hiesige Handels- und Finanzexperten diese Entwicklung mit Sorge, zumal sie davon ausgehen, daß die „Kauflust" der DDR-Betriebe nach dem 1. Juli noch stärker als bisher abnimmt. Zwar werden die gegenseitigen Lieferungen bis Ende 1990 noch auf der Basis des transferablen Rubels verrechnet, ein verbleibendes Negativ-Saldo wäre allerdings bereits in frei konvertierbarer Währung auszugleichen. Dem will die CSFR-Seite offenbar mit Importeinschränkungen begegnen. Obwohl durchaus Bedarf vorhanden wäre, so ist aus DDR-Händlerkreisen in Prag zu vernehmen, schließt man derzeit „prophylaktisch" keine neuen Verträge ab. (Dem stehen in gewisser Hinsicht Äußerungen von Außenhandelsminister Andrej Barcak entgegen, der erst kürzlich vor der Presse Interesse an Wartburgs, Simson-Mopeds und anderen langlebigen Konsumgütern signalisierte. Er will im Gegenzug Maschinenbauerzeugnisse anbieten, wofür sich in der DDR derzeit jedoch schwerlich Käufer finden lassen). Darüberhinaus haben eine Reihe tschechoslowakischer Abnehmer den DDR-Exporteuren ebenfalls mit der Stornierung von Lieferungen gedroht. Die Frage, ob sich die langjährigen Partner wegen der D-Mark in den „Clinch" begeben oder sich auf ihre guten Kontakte besinnen, bleibt bis auf weiteres unbeantwortet.

Politisches Patt nach zwei Wahlgängen

Ein nicht unerwarteter, aber klarer Wahlsieg der Sozialisten in Bulgarien und ein politisches Patt zwischen bisheriger Regierungspartei und junger Opposition — das ist die Bilanz nach zwei Wahlsonntagen in dem Balkanland. Vor dem zentralen Wahlklub der Bulgarischen Sozialistischen Partei (BSP) im Herzen Sofias hatten am Montag Hunderte Hauptstädter die nach und nach veröffentlichten Ergebnisse der Stichwahlen vom Vortage mit Beifall aufgenommen: 39 BSP-Kandidaten und 37 Kandidaten der oppositionellen Union der Demokratischen Kräfte (UDK) errangen weitere Mandate.

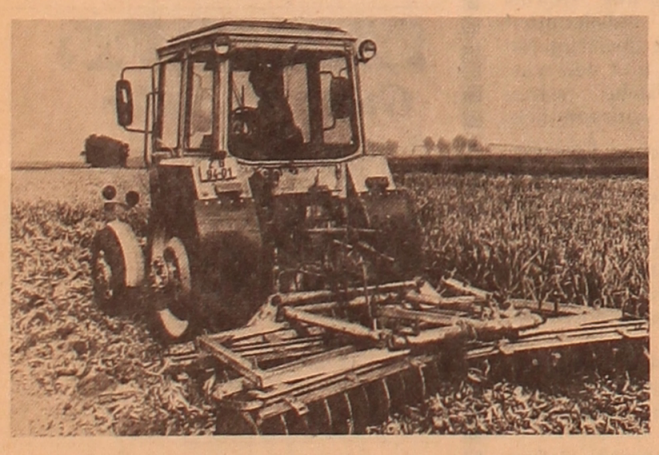
„Das ist ein Vertrauensbeweis für eine Partei, die sich verjüngt und erneuert" — „auch die Opposition muß jetzt Verantwortung übernehmen". Dies sind zwei charakteristische Äußerungen, die BSP-Mitgliedern zu hören waren. Zuversicht in demokratische Entwicklung und Einsicht in die Notwendigkeit sachlicher Partnerschaft politischer Gegner — diese Überlegungen beschäftigen jetzt viele Bulgaren. Ihnen als Pragmatikern geht es weniger um fragwürdig gewordene theoretische und parteipolitische Denkgebäude, sondern mehr um praktische Schritte aus der Krise.

Nach den endgültigen Wahlergebnissen vom Sonntag aus den 81 Majoritäts-Wahlkreisen erhält die Bulgarische Sozialistische Partei 39, die Union der Demokratischen Kräfte 37 und die „Bewegung für Rechte und Freiheiten" der Moslems und türkischstämmigen Bürger 2 Mandate. Je ein Sitz entfällt auf den Vaterländischen Bund, die Vaterländische Partei der Arbeit und die Vereinigung unabhängiger Kandidaten.

Die Sitzverteilung im Parlament wird dann folgendermaßen aussehen: In der großen Volksversammlung mit ihren 400 Abgeordneten werden künftig 211 Sitze von Mitgliedern der BSP eingenommen, 144 Plätze von Vertretern der UDK, der 6 Parteien und 10 politische Organisationen angehören. Weiter erhielten die „Bewegung für Rechte und Freiheiten" der Moslems und türkischstämmigen Bürger 23, die Bulgarische Bauernpartei 16, der Vaterländische Bund und die Vereinigung unabhängiger Kandidaten je 2, die Vaterländische Partei der Arbeit und die Sozialdemokratische Partei-Nichtmarxisten je einer Abgeordneten.

Die BSP hat ihrerseits die Bereitschaft zu breiter Zusammenarbeit in einer Koalition der nationalen Verantwortung bekundet. Bleibt also die Version, entsprechend dem Vorschlag der UDK eine Expertenregierung zu bilden, deren Lebensdauer allerdings sehr ungewiß ist.

Repräsentanten der verschiedenen politischen Kräfte haben sich bis zur Stunde noch nicht geäußert, ob sie kategorisch bei den bisherigen Absichtserklärungen bleiben. Sicher scheint nur, daß die Sozialisten nicht allein regieren wollen.



DDR. Eine krankhafte Operation verspricht der Übergang vom administrativen Weisungssystem zum freien Markt zu werden, der mit dem bevorstehenden Inkrafttreten des Vertrags über die Wirtschafts- und Währungsunion mit der BRD zusammenhängt. Bereits vor einigen Monaten haben die westdeutschen und die Westberliner Firmen in der DDR einen neuen Markt für den Absatz ihrer Waren erhalten und somit die Poduzenten der Republik in eine schwierige Lage versetzt. In Industrie und Landwirtschaft sind nichtrealisierte Erzeugnisse aufgetaucht.

Dieses Bild entstand in einer Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaft im Bezirk Cottbus. Da es unmöglich war, den hier gezogenen Porree zu verkaufen, wurde beschlossen, 100 Tonnen davon auf 3,5 Hektar... in den Boden hineinzupflügen. Foto: ADN—TASS

Wirtschaftliche Zusammenarbeit verstärken

Die Präsidenten von Kostarika, Nikaragua, Honduras, El Salvador und Guatemala haben sich auf die Verstärkung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen ihren Staaten geeinigt. Dem soll ein „Wirtschaftsaktionsplan für Mittelamerika" zugrunde liegen, auf den sie sich auf der am Sonntagabend beendeten zweitägigen Gipfelkonferenz im guatemaltekischen Antigua verständigten. Der panamaische Präsident Guillermo Endara nahm als Beobachter an der Tagung teil.

Angesichts der Tatsache, daß gegenwärtig offiziellen Angaben zufolge zwei Drittel der mehr als 25 Millionen Mittelamerikaner in Armut leben, betonten die Staatschefs, ohne die Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung könnten Frieden und Demokratie nicht dauerhaft gesichert werden. Mit der genauen Ausarbeitung des Projekts wurden die fünf Wirtschaftsminister beauftragt. Zur Förderung der Bemühungen um nationale Versöhnung und die weitere Demokratisierung in der Region beschlossen die Staatschefs, eine politische Ad-Hoc-Gruppe zu schaffen.

Die Europäische Gemeinschaft kündigte an, ihre Hilfe für die Länder Mittelamerikas in den kommenden vier Jahren um 60 Prozent zu erhöhen. Wie ihr Regionalvertreter Fernando Cardeza am Sonntag in Antigua betonte, sei die Unterstützung an keinerlei politische Bedingungen geknüpft. In den vergangenen drei Jahren habe die EG den mittelamerikanischen Ländern 275 Millionen Dollar zur Verfügung gestellt.

Arbeitet, und ihr werdet Millionäre wie die Brüder Cattler aus Texas

Auf dem Bild sehen Sie die Brüder John und Mark Cattler. Diese Farmer aus Texas betreiben Milchviehhaltung.

Die Brüder haben 95 Kühe. Die nicht gerade sehr große Herde hat ihnen ein Millionenvermögen eingebracht.

Selbstverständlich ist alles, was die Brüder besitzen — und sie arbeiten übrigens nur zu zweit — dank den hochproduktiven Tieren, hochwertigen Futtermitteln und der hohen Mechanisierung der Farm erreicht worden. Das Wichtigste aber, so meinen John und Mark, ist die Arbeit. Der Arbeitstag der „Durchschnittsmillionäre" aus Texas beginnt um 2 Uhr morgens mit dem Melken und endet in der Regel mit Sonnenuntergang...

Foto: TASS

Zu den taktischen Kernwaffen in Europa

Der Vorschlag der Sowjetunion, Verhandlungen über die taktischen Kernwaffen in Europa im Herbst dieses Jahres unabhängig vom Zeitpunkt der Unterzeichnung eines Abkommens über die konventionellen Rüstungen aufzunehmen, ist von der NATO abgelehnt worden. Wie ein Sprecher des Nordatlantikblocks in Brüssel erklärte, können solche Verhandlungen nur nach einer Einigung in Wien aufgenommen werden.

Man kann nicht sagen, daß sich die Haltung der USA und der NATO zu den taktischen Kernwaffen nicht verändert hat. Einzelne Veränderungen in der Haltung der USA zu den Kernwaffen mit einer Reichweite bis zu 500 Km hat es gegeben. Es gab Zeiten, da Washington die sowjetischen Voschläge über Verhandlungen über diese Rüstungen überhaupt ablehnte. Später bekundete Präsident George Bush die Bereitschaft der USA, solche Verhandlungen aufzunehmen, allerdings erst nach der Unterzeichnung eines Abkommens über die konventionellen Rüstungen in Europa. Verkündet wurde der Verzicht Washingtons auf die Pläne, die bodengestützten taktischen Lance-Raketen und die nukleare Artillerie zu modernisieren. Diese positiven Wandlungen wurden aber begleitet von der Annahme von Plänen der Stationierung neuer luftgestützter Kernwaffen durch die NATO, die die Bedeutung von Verhandlungen über die bodengestützten Raketensysteme und den Beschluß über den Verzicht auf die Modernisierung der Lance-Raketen und der nuklearen Artillerie der USA in Europa praktisch zunichte gemacht werden. Mehr noch: Offizielle Sprecher der USA betonen ständig, daß das Ziel der Verhandlungen über die nuklearen Rüstungen kürzerer Reichweite nicht in deren vollständiger Beseitigung bestehen soll.

Andererseits hat die Sowjetunion im vergangenen Jahr 500 nukleare Gefechtsköpfe vom Territorium ihrer europäischen Verbündeten abgezogen und danach beschlossen, ihre Kräfte in der DDR, der CSFR, Ungarn und Polen um 60 Startrampen für taktische Raketen zu reduzieren. In Mitteleuropa sollen 250 Einheiten der sowjetischen Nuklearartillerie abmontiert werden. In Europa insgesamt wird die UdSSR bis Ende dieses Jahres 140 Startrampen für taktische Raketen und 3 200 Gefechtsköpfe der Nuklearartillerie reduzieren.

Eine Gegenüberstellung der praktischen Handlungen der UdSSR und der USA auf dem Gebiet der taktischen Kernwaffen läßt eine Gesetzmäßigkeit feststellen: Die Wandlungen in der Positionen der USA im Bereich der taktischen Kernwaffen bleiben in beträchtlicher Weise hinter den Initiativen der Sowjetunion sowohl zeitlich als auch hinsichtlich des Umfangs der Lösung des Problems.

Die Ursache dafür dürfte darin bestehen, daß das Pentagon auf die Konzeption eines „begrenzten Kernwaffenkrieges" in Europa, weit weg vom USA-Territorium, immer noch nicht vezichtet hat. In den Mittelpunkt stellt die NATO weiterhin ihre Strategie „des flexiblen Reagierens", die eine stufenweise Verstärkung des Kernwaffeneinsatzes vorsieht: Von der Nuklearartillerie bis zu den Trident-2-Raketen, die an den im europäischen Gewässer kreuzenden U-Booten stationiert sind. Die Mehrheit der nicht voreingenommenen Fachleute haben auch früher die beiden strategischen Zielsetzungen der NATO als unrealistisch eingeschätzt. Unter diesen Bedingungen werden sie einfach absurd.

Im Juli wird die NATO-Ratstagung auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs in London stattfinden, die unter anderem auch Probleme der Anpassung der Militärstrategie des Bündnisses an die neue Situation in Europa behandeln soll.

Wladimir BOGATSCHOW, TASS-Kommentator

Trump in Nöten

Die USA-Zeitungen hatten am vergangenen Wochenende ihre Schlagzeilen: Donald Trump zahlte fällige Kredite nicht. 73 Millionen Dollar hätte der New Yorker Hotel-, Grundstücks- und Casinobesitzer am Freitag seinen Gläubigern überweisen müssen. Doch er konnte nicht. Seit Monaten anhaltende Gerüchte über zunehmende finanzielle Schwierigkeiten des Grundstücksmagnaten, der in den USA wie kein anderer als Symbol des durch nichts zu stoppenden Aufsteigers der 80er Jahre gilt, haben sich damit erstaunlich schnell bestätigt.

Der heute 44jährige Trump hatte Mitte der 70er Jahre mit der Rekonstruktion eines verfallenen Hotels in Manhatten begonnen. Später ließ er an der fünften Avenue den berühmten Trump-Tower errichten eine Kombination von exklusiven Ladenketten und Millionen-Dollar-Apartements — der ihn ins Licht der USA-Öffentlichkeit rückte. Mitte der 80er Jahre erfolgte dann der Einstieg ins Casino-Geschäft. In Atlantic City — dem Las Vegas des Ostens — besitzt Trump drei der zwölf Spielhäuser. Das jüngste und prächtigste — Taj Mahal — wurde gerade erst im April eröffnet.

Zu Trumps pompösen Lebensstil zählen die 40-Millionen-Dollar-Yacht „Trump Princess", ein „Anwesen" mit 110 Zimmern in Florida, ein Düsenhubschrauber, seine stets mit Berühmtheiten gespickten Parties und nicht zuletzt der Bestseller „Die Kunst des Geschäfts", in dem er darlegt, wie man ganz nach oben kommt.

Sein scheinbar durch nichts zu beeinträchtigender Erfolg, der Mythos, mit dem er sich selbst umgab („es gibt niemanden, der in meinem Alter mehr geschafft hat als ich" — Ausspruch von 1987) und die beispiellose Publicity in den USA-Medien hatten Donald Trump in den letzten Jahren auf ein Podest gehoben, das offensichtlich auch die großen Banken der Wall Street für uneinstürzbar hielten. So wurden dem Spielcasino-König beispiellose Kreditlinien eröffnet.

Seit Jahresbeginn häuften sich dann jedoch die Hinweise: Trump ist in Nöten. Zuerst der in aller Öffentlichkeit ausgetragene Streit um die Höhe der Abfindung für seine Frau Ivana, von der er sich getrennt hat. Schlimmer jedoch brach es über ihn herein, als das „Forbes Magazine" ihn im Mai aus dem Milliardärs-Club verbannte. Nicht mehr 1,7 Milliarden, sondern „nur" noch 500 Millionen Dollar wurde sein Vermögen geschätzt.

Hauptursache für die Korrektur waren die seit geraumer Zeit fallenden Preise für Grundstükke, in denen Trump seinen Besitz angelegt hat, und seine nunmehr auf zwei Milliarden Dollar geschätzten Verbindlichkeiten. Sicheres Indiz, daß der „große Donald" knapp bei Kasse ist, war dann die Ankündigung, den erst 1989 von Eastern Airlines erworbenen Pendler-Verkehr zwischen Washington und New York, der seitdem als Trump-Schuttle mit Pan AM konkurriert, wieder verkaufen zu wollen.

Der Spielcasinokönig hat nun eine Gnadenfrist von zehn Tagen, um seinen Verpflichtungen nachzukommen. Allgemein wird jedoch damit gerechnet, daß Citybank, Chase Manhatten und Hannover ihm mit neuen Krediten aus der Klemme helfen, da auch für sie zuviel auf dem Spiel steht. Allerdings werden die Konditionen nicht mehr so generös sein und Trump wird sich aller Voraussicht nach auch mehr auf die Finger sehen lassen müssen als in der Vergangenheit. Der „Trump-Mythos" — da sind sich die amerikanischen Kommentatoren einig — ist jedoch für immer dahin.

Verblaßt die „Perle im Milchgürtel" von Ulan-Bator?

Das Expertenteam der DDR im Staatsgut „Ernst Thälmann" in Bornuur sitzt auf gepackten Koffern. Der Kredit für unentgeltliche Wirtschaftshilfe läuft aus. Anfang August reist auch Hans-Jürgen Müller. Seine LPG „Florian Geyer" braucht ihn in Aschersleben, und seine Fachleute, jetzt noch 100 Kilometer nördlich von Ulan-Bator, wollen schnell nach Hause, denn sie bangen um ihre Arbeitsplätze.

Bornuur ist die „Perle im Milchgürtel" der mongolischen Hauptstadt. Von hier kommen etwa die Hälfte der Milch und an die 60 Prozent der Kartoffeln, mit denen die mittlerweile 550 000 Einwohner zählende Stadt versorgt wird. Die Jahresleistung der schwarzbunten Milchrinder, die seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre in den Ställen von Bornuur stehen, erreicht in diesem Jahr 4 000 Liter, ein Durchschnitt, von dem alle anderen Staatsgüter hierzulande nur träumen können. Die Kartoffel- und Weißkohlerträge stehen denen in der DDR nicht viel nach. Nicht unerheblichen Anteil an diesen Erfolgen haben auch etwa 90 Millionen Mark der DDR, die seit Ende der 60er Jahre für die Lieferung von Maschinen und Ersatzteilen, Saatgut, Rinder, Sperma, Veterinärpräparate, die Ausbildung von Landarbeitern und Fachleuten und nicht zuletzt für die Vergütung eines Teams von DDR-Monteuren, das zeitweilig sogar 90 Mann zählte, ausgegeben wurden.

Wie soll es nun weitergehen? Wird Bornuur seinen Versorgungsauftrag für die Hauptstadt weiter erfüllen können? Gespräche im Staatsgut belegen die Einsicht, zu der jüngst die Parteizeitung „Unen" gekommen ist: Man hat versucht, mit Krediten und fremder Hilfe auf Kosten anderer zu leben.

Unterentwickelte Wertvorstellungen führten auch dazu, daß Elektromaterialien verkauft wurden, daß das Transportband auf der Kartoffelsortiermaschine, das in der DDR fünf Jahre halten muß, in Bornuur nach der zweiten Saison zerfahren war. Wenn demnächst die Ersatzteile für die ZT-Traktoren kommen, mahnt einer, können die mongolischen Schlosser sie nicht reparieren, weil ihnen das Werkzeug fehlt. Kritische Bemerkungen zu Wirtschaftsleitung und Arbeitsorganisation wurden höherenorts mit Freundschafts- und Brüderlichkeitsbeteuerungen unter den Tisch gekehrt.

Staatsgut-Direktor Jandag, bis vor kurzem auch Bürgermeister der etwa 4 000 Seelen von Bornuur, sieht seine „Perle" verblassen. Er hat niemanden, den er als Verantwortlichen für den Pflanzenschutz, für Reparaturen und Wartung der elektrischen Anlagen, der Land- und Melktechnik einsetzen kann. Auch ein Tierarzt wird nicht da sein. Ursache dafür ist ein Lohnsystem, bei dem zum Beispiel ein in der DDR ausgebildeter Lehrfacharbeiter für Milchproduktion wegen besserer Bezahlung lieber Gabelstapler fährt.

Wird der Milchstrom nach Ulan-Bator weiter wie bisher fließen? Wird das 16 000-Tonnen-Lager am Westrand der Stadt im kommenden Herbst wieder vorwiegend mit Kartoffeln der Sorte „Astilla" aus Bornuur gefüllt? Gibt es wieder Hilfe und wie muß sie aussehen? Oder ist den Verantwortlichen in der Regierung die Aufrechterhaltung der Versorgung eines Viertels der mongolischen Bürger harte Währung in Millionenumfang nicht wert? Eine Antwort auf diese Fragen muß bald gefunden werden.

In wenigen Zeilen

JOHANNESBURG. Schwarze Gewerkschaftsführer haben am Dienstag in Johannesburg Büros im Arbeitsministerium Südafrikas besetzt. Mit der Aktion, die vom Generalsekretär des Gewerkschaftsverbandes Cosatu, Jay Naidoo, und vom Führer der Bergarbeitergewerkschaft Cyrill Ramaphosa geleitet wurde, wollten sie auf die Unzulänglichkeit der gegenwärtigen Arbeitsgesetzgebung hinweisen. Diese könnte nach ihrer Auffassung Gespräche zwischen dem Afrikanischen Nationalkongreß (ANC) und Präsident Frederik de Klerk über eine politische Regelung der Probleme im Land beeinträchtigen.

PARIS. Frankreichs Außenminister Roland Dumas geht laut DPA davon aus, daß Ergebnisse bei den Zwei-plus-Vier-Gesprächen zur Regelung der äußeren Aspekte der deutschen Einigung in den letzten drei Monaten dieses Jahres zustandekommen. In einem Rundfunkinterview sagte der Minister am Dienstag, der geplante Pariser KSZE-Gipfel solle dann den Weg zu einem neuen kollektiven Sicherheitssystem in Europa legen. Dumas meinte, BRD-Kanzler Kohl dränge im Vereinigungsprozeß auf Tempo. Im anderen Teil Deutschlands sei die Situation jedoch ein wenig anders.

SANTIAGO. Chilenische Militärs haben zugesagt, bei der Aufklärung der Existenz geheimer Massengräber zu helfen. Dies wurde am Dienstag bei einem Treffen des Präsidenten Patricio Aylwin mit 35 Generälen des Heeres, an dem auch der jetzige Oberkommandierende und frühere Staatschef Augusto Pinochet teilnahm, deutlich. Verteidigungsminister Patricio Rojas erklärte, Aylwin habe bei dem Treffen mit der Heeresführung den Wunsch seiner Regierung wiederholt, sich für ein Klima der Versöhnung zwischen Bevölkerung und Militärs einzusetzen. Das Klima sei in den letzten Tagen durch im Norden des Landes entdeckte Massengräber stark belastet worden.

Vereintes Jemen will abrüsten

Bei den jemenitischen Streitkräften ist Sparen angesagt — eine der ersten Konsequenzen der Einheit. Die führenden Männer des neuen Staates haben wiederholt ihren Willen zu tiefen Schnitten beim Militärhaushalt bekundet. Präsident Ali Abdullah Saleh, vormals Staatschef Nordjemens, nannte die Jemenitische Republik einen Stabilitätsfaktor auf der Arabischen Halbinsel. Die Zusammenlegung beider Armeen und Sicherheitsdienste sei der „letzte Nagel im Sarg der Teilung". Saleh, wie viele Mitglieder der neuen Regierung selbst ein erprobter Militär, kündigte das „Einfrieren der Waffenimporte" an. Nach den Worten von Ali Salem Al-Beedh, Generalsekretär der bisher in Aden regierenden Jemenitischen Sozialistischen Partei, haben Nord- und Südjemen jahrelang gegeneinander aufgerüstet und sind damit in die Sackgasse geraten. Jetzt habe ökonomische Entwicklung den Vorrang.

In der ehemaligen Jemenitischen Arabischen Republik waren 1988 etwa 27 Prozent der Staatsausgaben in die Verteidigung geflossen. Über die Volksdemokratische Republik Jemen sind aktuelle Zahlen nicht veröffentlicht, aber die Relation dürfte ähnlich, wenn nicht höher sein.

Die Armut vieler Jemeniten, ein chronisches Haushaltsdefizit und Auslandsschulden von zusammen etwa 5,5 Milliarden Dollar diktieren nun ein neues Sicherheitskonzept. So wurde das Militär bereits aus den größeren Städten abgezogen. Nur in der Metropole Sana sollen Truppen verbleiben, um die Institutionen des Einheitsstaates zu schützen. Die dabei laut Pressemeldungen vereinbarte Parität — je 3 000 Mann aus dem Norden und dem Süden — haben sich Adens Offiziere auch sonst sichern können, obwohl sie eine viermal geringere Bevölkerung repräsentieren als die Vertreter Sanas. So ist der frühere südjemenitische Verteidigungsminister Saleh Obeid Ahmad jetzt als Vizepremier für die Streitkräfte zuständig, der Nordjemenite Abdullah Hussein Al-Busheiri wurde zum Generalstabschef ernannt.

Wie weit die ins Auge gefaßte Abrüstung Realität wird, hängt auch von der Loyalität der traditionell unter Waffen stehenden Stämme ab. Scheikh Abdullah El-Ahmar, Chef der einflußreichen „Haschid"-Stammesföderation soll nach Verlautbarungen in Sana das Kommando über 25 000 Krieger haben. Sein Bekenntnis zugunsten der Einheitsrepublik war deshalb von einigem Gewicht. Staatschef Saleh beeilte sich daraufhin, den Scheikh in den Konsultativrat, ein 45köpfiges Beratergremium der neuen Regierung, zu holen.

Die Auswahl „Panorama" wurde aus den Materialien der TASS und ADN vorbereitet.

Frankreichs Regierung stellte neues TGV-Programm vor

Die rekordverrückten Franzosen haben ein neues Spiel: Jedermann rechnet, wie schnell man mit der Eisenbahn der Zukunft von einem Ende des Landes zum anderen oder zu benachbarten Hauptstädten gelangen könnte. Anlaß dazu hat Frankreichs Minister für Verkehr und Schiffahrt, Michel Delebarre, gegeben, als er der Öffentlichkeit jetzt das neue Rahmenschema für den Ausbau der Schnellverkehrsstrecken der französischen Eisenbahn unterbreitete, das für die nächsten 20 Jahre gelten soll.

Alle bisherigen Superlative werden darin überboten. Von Paris nach Marseille — immerhin rund 900 Kilometer — soll die Fahrt nur noch drei Stunden dauern, wenn die schon im Bau befindliche Schnellbahntrasse zwischen Valence und Saint-Rafael fertig ist. Bisher braucht der TGV von Paris zur Mittelmeermetropole vier Stunden 40 Minuten. Den Rekord der Rekorde erwartet man auf der Strecke Paris — London. Nach Fertigstellung des Kanaltunnels 1993 soll der Reisende die britische Hauptstadt bald in zwei Stunden und neun Minuten erreichen können, wofür er heute bei Kanalüberquerung per Fähre noch 5:15 Stunden benötigt.

Freunde des Geschwindigkeitsrausches werden auch gern hören, daß „die Rakete auf Rädern", wie der TGV (Train de grande vitesse) in Frankreich genannt wird, schon in wenigen Jahren nur noch 1:20 Stunden nach Brüssel brauchen wird (heute 2:25). Bis Strasbourg werden es 1:50 Stunden sein(heute 3:48), Saarbrücken soll in genau drei Stunden erreichbar werden. Köln (über Brüssel) in 2:50 Stunden, und Stuttgart in noch fünf Minuten weniger.

Minister Delebarre sieht eine blühende Zukunft für die Eisenbahn, sofern alle wichtigen Punkte auf Schnellstrecken erreicht werden können.

Man rechnet innerhalb von 20 Jahren mit Investitionen von mindestens 190 Milliarden Franc, wobei 160 Milliarden auf den Trassenbau und der Rest auf den Kauf des rollenden Materials entfallen. In Paris geht man davon aus, jährlich zwischen zwölf und 15 Milliarden Franc für dieses TGV-Programm aufzuwenden. Dabei ist vor allem in Bereichen, die eine niedrige Rentabilitätsrate erwarten lassen, die finanzielle Beteiligung der betroffenen Regionen und Städte gefragt. Die Staatsbahn SNCF als Hauptinvestor will nur solche Strecken in Angriff nehmen, die eine Rentabilitätsrate von mindestens acht Prozent aufweisen. Das ist aber nur bei wenigen Strecken im neuen Schema der Fall.

Kinder-Freundschaft

...nur die Soldaten aus Afghanistan waren traurig

Am Tag des Sieges wurde in unserem Dorf wie immer recht schön gefeiert. Groß und klein ging mit Blumen zum Ehrendenkmal der im Krieg gefallenen Soldaten, um sie dort niederzulegen. Dieses Denkmal steht im Wald, umringt von prächtigen Tannen. An jenem milden Maitag säuselte dort ein leichter Wind und stimmte alle Leute recht feierlich.

Dann gab es im Dorfzentrum, nachdem es dunkel geworden war, ein Lagerfeuer, an dem die Jugendlichen ein Kulturprogramm boten. Zum ersten Mal wurden neben den Kriegsveteranen auch die Arbeitsarmisten geehrt und mit kleinen Überraschungen beschert.

Nur drei junge Burschen fühlten sich irgendwie fremd in der jubelnden Mitte. Peter Wirt, Nikolaus Nelde und Michail Nowikow sind erst ein halbes Jahr zu Hause, ihr Armeedienst verlief nämlich zum Teil in Afghanistan. Man sieht es ihnen an, daß sie sich für diesen Krieg schämen... Mir taten die Jungen aufrichtig leid. Sie sahen auch ganz niedergeschlagen aus und wollten nicht einmal die „Soldatengrütze", die man allen Anwesenden an diesem Abend unmittelbar aus einem der über dem Lagerfeuer hängenden Soldatenkessel reichte. Oder gefiel ihnen dieser „Grützenwitz" nicht?

Olga SCHNUR,
Jungkorrespondentin
Assanowo,
Gebiet Nordkasachstan

Die „Nachtigall" singt

Erst vor einem Jahr wurde beim Zelinograder Pionierpalast die deutsche Folkloregruppe „Nachtigall" gegründet, die viele Deutsche aus dem Gebietszentrum bereits gut kennen. Der Initiator und Gründer dieser Gruppe ist der heutige musikalische Leiter und Bajanspieler Woldemar Neumann; ihm hilft die künstlerische Leiterin Taktasch Trjumowa. Beide Erwachsene singen mit ihren kleinen Enthusiasten gern mit. Hier ließen sie sich von Heinrich Frost als eine einige Gruppe fotografieren.

Die Gruppe singt und führt deutsche Volkstänze auf bei verschiedenen Kinder- und Jugendveranstaltungen. Sie war auch schon zu Gast bei der Grundorganisation „Wiedergeburt", sowie in anderssprachigen Gesellschaften — der koreanischen, der polnischen, der kasachischen, der tschetschenisch-inguschischen, und war überall willkommen.

Auf unserem Bild: Es singt die „Nachtigall".

Aus der Geschichte der Gebrauchsgegenstände

Körbe und Körbchen

Die Kunst des Korbflechtens ist sehr alt. Zur Zeit, da verschiedene Körbe wieder modern sind, kann man sie im Handel meistens sehr schön aus verschiedenen Kunststoffen gefertigt bekommen. Nach wie vor aber sind Ruten- und Bastkörbe da, die durch die Kunststoffkörbe nicht verdrängt werden können, obwohl die weißen Kap-

ron- und bunten Plastkörbe sowie die Korb-Leuchterschirme aus Garn und Plastefäden sich mittlerweile auch unter den traditionellen behauptet haben. Die Leute ziehen jedoch die altvertrauten leichten und bequemen Körbe vor.

Von altersher haben die Bauern und Handwerker diese Kunst gepflegt und sie stets vervollkommnet, sie dachten sich immer neue Formen und Flechtmuster aus. Die großen Körbe aus ungeschälten Ruten mit starken Henkeln dienten dem Bauern für die Hauswirtschaft auf dem Bauernhof. Man sammelte auf dem Feld Kartoffeln und anderes Gemüse in Körbe; Brennholz oder -stroh wurde auch in Körben zum Herd gebracht. Die Haustiere bekamen ihr trockenes Futter ebenfalls aus Körben. Sie waren groß und klein, aber immer leicht und bequem.

Der Kinderwagen hieß Kinderkorb, weil der Kasten, den wir heute aus Kunststoffen oder auch aus Kunstleder kennen, wurde ebenfalls vom Bauern selbst geflochten, ja selbst Körbe für den Zweiräderwagen, vor den man ein oder zwei Pferde einspannte, waren auch geflochten.

In quadratischen, länglichen oder eiförmigen Körben oder Korbkisten, die man aus geschälten Ruten mit Deckeln flocht, hielten die Hausfrauen ihre saubere Wäsche. Einen solchen Korb benähten sie von innen mit Leinen, damit kein Stäubchen in die Wäsche hineinkam. Auch für die schmutzige Wäsche gab es einen Korb, meistens rund und hoch wie ein Faß.

Das Gebäck wurde ebenfalls in mit sauberen Tüchern ausgelegten Körben (meistens runden) mit einem Bogenhenkel darüber, aufbewahrt.

Auf den Tisch brachte man Kuchen, Brot und Feingebäck in schmucken flachen Korbschalen, die entweder aus sehr feinen und gut gebrühten Ruten oder auch ganz zierlich aus Roggenstroh gefertigt waren. Der Eierkorb war ein Begriff für jeden Bauern — er war stabil und stand immer handgreiflich in der Abstellkammer, im Sommer auch im Keller, damit die Eier nicht trockneten.

Früher, als die Bauern noch selbst Sirup einkochten und Saft kelterten, hatten sie riesige Glasflaschen, die manchmal fünf, zehn und auch zwanzig Liter dieser schwerer Flüssigkeit enthielten. Sicherheitshalber wurden sie mit einer Art Korb beflochten, der einen bequemen, ebenfalls aus Ruten gefertigten Griff hatte, damit man diese schwere Flasche gut anheben konnte.

Überraschungen zu Ostern und Pfingsten bekamen die Kinder auch in niedlichen Körbchen mit einer Schleife oder einem kleinen Sträußchen Frühlingsblumen am Henkel gereicht.

Am Hochzeitstag streuen in den deutschen Dörfern auch jetzt noch die kleinen Mädchen und Jungen vor den Jungvermählten Blumen aus schön gefertigten Körbchen.

Das Strickzeug seht Ihr bei Euren Omas sicher auch in Körbchen, nicht wahr?

Die Technik des Herstellens von Körben ist, außer aus Kunststoffen, die alte geblieben — man schneidet Ruten oder Stroh, je nach dem, wofür der Korb bestimmt ist, zu langen gleichlangen Schichten, brüht es mehrmals und läßt es trocknen, aber nicht zu sehr, und flicht dann daraus den nötigen Korb. Zur Verzierung nimmt man verschiedenfarbiges Stroh — einmal heller, einmal dunkler oder ganz weiß, und denkt sich ein Muster aus. Einen fertigen Korb kann man lackieren, dann sieht er viel schmucker aus.

Valentine TEICHRIEB

Reliefffliesen und Wandmasken

produziert die Schulkooperative aus der Mittelschule Nr. 1 im Dorf Serenda, Gebiet Koktschetaw. Ihre Erzeugnisse liefern die jungen Unternehmer laut Vertrag an die Verkaufsstellen des Rayons. Natalia Koch (im Bild) bemalt Wandmasken. Diese Arbeit macht ihr viel Freude und bringt auch Geld ein.

Foto: KasTAG

Hermann ARNHOLD

Der Brauch

Die Winden? Oh, sie winden sich
um alles, was zu finden ist,
und klettern flink, doch vorsichtig
den meterhohen Zaun hinauf
und blühen froh im Sonnenlicht
weiß-rosa-lila-mattbläulich...
Doch eines... Ja, sie scheuen sich
vor Dunkelheit und Finsternis
und schließen ihre Trichter schlicht,
sobald es draußen Abend wird...
Ein jedes Kraut hat seinen Brauch...
Und wir? Na, du und ich? Wohl nicht?

Zum Kichern

„Wer glaubt heute eigentlich noch, daß schwarze Kater Unglück bringen?" fragt Serjosha auf dem Heimweg seinen Freund Kostja.

„Die Hunde!" hat dieser sofort eine Antwort parat. „Sie verjagen jeden Kater sofort."

Rätsel

Guter Erzähler

Es hat ein Rückchen
und liegt nicht drauf,
Du brauchst keinen Hammer
und schlägst es auf.
Es ist kein Baum
und hat doch Blätter,
besitzt keinen Mund
und spricht vom Wetter.
Ja es erzählt gar viele Sachen,
manche zum Weinen
und manche zum Lachen.
(Buch)

Oxana und Inna sind mit fünfzehn Jahren Schülerinnen der 10. Klasse. Ihre Hobbys sind Musik, Sport und Handarbeiten. Sie wünschen sich Briefwechsel mit gleichaltrigen Mädchen mit gleichen Interessen.

Sie wohnen:
459133 Gebiet und Rayon Kustanai,
Siedlung Uljanowski
ul. Lenina 74, Wohnung 7
Oxana Kaptilowa
ul. Lenina 74, Wohnung 1
Inna Fink

Alexander BRETTMANN

Der Krebs und der Enterich

Zu einem Krebs
ein Enterich
im morgenstillen
Weiher spricht:
„Sag mir doch mal,
verehrter Krebs,
warum du bloß
so komisch lebst?
Du krabbelst plump
und ungeschickt
anstatt nach vorne
stets zurück..."
„Das ist gerade
umgekehrt!"
erwiderte
der Krebs empört.
„Das bist doch du,
verschrullter Wicht,
der immer langsam
rückwärts kriecht..."

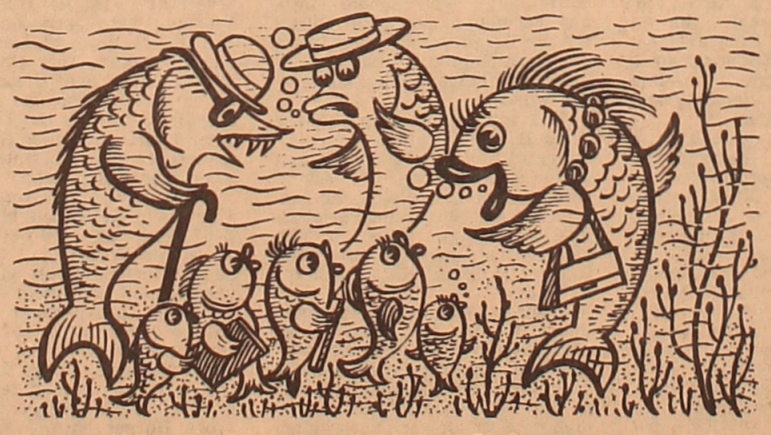
Andreas ist kein Taubenfreund!

Das stimmt, aber dennoch kann er keinen kranken, verletzten und seine Hilfe brauchenden Vögel nicht einfach im Stich lassen. Er und seine treuen Freunde Karl, Michael und Vitja, der Fotograf, wie die Freunde den jüngsten aus der Vierermannschaft nennen, lesen solche elenden Geschöpfe auf, päppeln sie auf und lassen sie dann los. Vor dem Abschied fotografiert Vitja die Freunde mit dem Vogel, den dann meistens Andreas losläßt. Diesmal beobachtete diesen traditionellen Abschied unser Fotokorrespondent Viktor Nagel und schickte uns das Foto.

Die Heimat

(Märchen)

In einem Fluß lebte unter anderen Fischarten ein kleines Fischvolk. Es unterschied sich nach Farbe und Größe wesentlich von den anderen Flußbewohnern. Jeden Tag bemühte es



sich um Nahrung für sich und beschäftigte sich auch mit seinem wißbegierigen Nachwuchs. Die Jungen wollten alles wissen — warum es ringsum noch große und ihnen gar nicht ähnliche Fische gebe. Das kleine Fischvolk verstand sich zwar mit den anderen Fischen, aber es verspürte auch sehr stark ihren Druck auf sein Leben und sehnte sich nach seiner engeren Heimat zurück.

Die alten Kleinfische erzählten ihren Sprößlingen: „Es war vor langer, langer Zeit. Wir lebten damals in einem ganz anderen Fluß. Einmal verbreitete sich unter den Fischen ein Gerücht, daß es einen viel schöneren Fluß gebe, wo das Leben viel leichter sei.

Mehrere machten sich auf den Weg. Aber als sie den schönen warmen Fluß erreicht hatten, konnten sie nicht mehr heraus. Sie waren in ein Netz geschwommen...

Nicht allen gelang es, zu überleben. Die Schwachen und Kranken überstanden den Kampf nicht. Die anderen mußten nun hart um ihr Leben kämpfen. Das kleine Fischvolk war sehr arbeitsam. Es hatte viele Schwierigkeiten überwunden, überstand alles und wurde bald wohlhabend.

Es kam aber nach Jahren so weit, daß man sie mit Gewalt in einem fernen unbekannten Fluß zwangsweise übertrug, wo alles ihnen fremd und neu war. Die ansässigen Fische waren ihnen gegenüber unfreundlich.

Es verflossen Jahre. Eine Generation wechselte die andere. Die kleinen Fische verstreuten sich immer mehr im großen Fischstrom. Die Alten sehnten sich immer noch in ihre Heimat im schönen warmen Fluß zurück, wo sie alle zusammen so glücklich gelebt hatten. Die Jüngeren verstanden zwar die Bitterkeit ihrer heutigen Lage, hatten sich aber ihre doch schon angepaßt.

Was sollten sie nun tun? Den ganz jungen Vertretern der kleinen Fischart war alles ziemlich einerlei. Die Erwachsenen jedoch rieten hin und her und machten sich schließlich auf den Weg in die alte Heimat, von wo sie einst in den warmen Fluß, wo das Leben besser zu sein schien. Es entstand in der ganzen Fischart ein großer Wirrwarr.

„Halt!" rief plötzlich ein Fischgreis. „Ich kenne tief unterm Wasser einen sehr alten Stein mit einer weisen Inschrift. Sie besagt: ‚Man hat nur eine Heimat. Sterben soll man dort, wo man geboren ist.'"

Elvira SCHICK
Semipalatinsk

Stellvertretender Chefredakteur
Erik CHWATAL

Unsere Anschrift:
Kasachskaja SSR,
480044, Alma-Ata
ul. M. Gorkogo, 50
4-j etaż

Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69, stellvertretende Chefredakteur — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Ideologische Massenarbeit — 33-38-69, 33-38-04; Ökonomik — 33-35-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; Volksbildung — 33-37-62; Kultur — 33-43-84; Leserbriefe — 33-48-29, 33-33-96; 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84.
Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanai — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zelinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ»
ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 480044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом

Объем 2 печатных листа

М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10
П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10

Заказ 11961.